

Arbeit statt MehrArbeit

Zu viel Arbeit – zu wenig Stellen



Wir haben
ab Seite 6 den
kompletten Wo-
chenplan abge-
druckt!

Landeshauptvorstand 2012

Inklusion mit Augenmaß

Interview mit Kinderpsychiater Dr. Michael Winterhoff

Fairer Umgang mit Anwärtern!

Liebe Leserinnen und Leser,



© Lorch Fotostudio

vielleicht ging Ihnen beim ersten Blick auf das Titelbild der aktuellen Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ – hier ist der Wochenplan einer Lehrerin abgebildet – der Gedanke durch den Kopf: „Oje, da ist ja alles proppenvoll geschrieben.“ Die Lehrerinnen und Lehrer unter Ihnen holten eventuell

kurz Luft und dachten sich: „Ja, genau wie bei mir!“

Mit dem Titelbild wird eine Entwicklung veranschaulicht, welche alle Lehrkräfte und alle Schulen immer stärker belastet: Es fehlt für die vielen Aufgaben und Verpflichtungen, die im Schulalltag bewältigt werden müssen, schlichtweg an Zeit. Es ist daher an der Zeit, mit deutlichen Worten auf diese Schiefelage im Bildungssystem hinzuweisen und bewusst zu machen, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht unbegrenzt „MehrArbeit“ leisten können, vor al-

lem wenn gleichzeitig frisch examinierte Abgänger der Studienseminare keine feste Arbeit erhalten. Der VDR benennt die „Schmerzgrenzen“, findet die passenden Forderungen und Lösungen. Das können Sie im Schwerpunktthema dieser Ausgabe „Arbeit statt MehrArbeit“ nachlesen. Die vollständige Wochendokumentation finden Sie dort im Übrigen auch.

Manchmal gibt es beim Lesen von Zeitungsartikeln bzw. -kommentaren Aha-Momente. Das ging Ihnen bestimmt auch schon so. Da schafft es eine Journalistin, ein Journalist Ihre eigenen Gedanken zu einem bestimmten Thema so stimmig in Worte zu kleiden, wie Sie das selbst nicht besser geschafft hätten. So ein Aha-Erlebnis hatten auch die Redakteure von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“. Darum drucken wir für Sie in dieser Ausgabe Heike Schmolls FAZ-Kommentar „Inklusion mit Augenmaß“ ab.

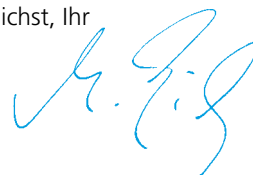
Vor welchen Herausforderungen die Gesellschaft im Allgemeinen und wir Lehre-

rinnen und Lehrer im Besonderen angesichts spezifischer Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen stehen, können Sie im Interview mit dem Kinderpsychiater Dr. Michael Winterhoff nachlesen.

Warum der VDR einen fairen Umgang mit Lehramtsanwärtern anmahnt, einfordert und damit den jungen Kolleginnen und Kollegen eine Stimme gibt, erfahren Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.

An dieser Stelle möchte ich Danke sagen für die vielen positiven Rückmeldungen zur letzten Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“. Einige Leserbriefe dazu haben wir in diesem Heft abgedruckt. Sie sind auch künftig immer herzlich eingeladen, uns ein Feedback zu geben. Ihre Anregungen und Ihre Kritik sind immer erwünscht!

Herzlichst, Ihr



Impressum

Herausgeber

VDR Verband Deutscher
Realschullehrer
Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
karst.bernd@vdr-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
landeskassierer@vdr-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71 / 12 92 74
eich.michael@vdr-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Auflage

5.000 Stück

Druck

flyeralarm GmbH Würzburg

Bilder

www.fotolia.de, soweit nicht
anders gekennzeichnet

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (eich.michael@vdr-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Januar 2012.

Wer sich „an den Mast binden lässt“, um an der Bildung zu sparen, verhindert Wachstum

Die Sirenen zogen einer altgriechischen Sage zufolge Seefahrer mit ihrem betörenden Gesang an, um sie zu töten. Odysseus, dessen Schiff bei der Heimfahrt nach dem trojanischen Krieg an der Insel der Sirenen vorbeifahren musste, wusste dies. Er befahl daher seinen Leuten, sich die Ohren mit Wachs zu verstopfen. Er allein wollte seine Ohren offenhalten. In der weisen Annahme, dass er dem Gesang der Sirenen aus eigener Kraft nicht würde widerstehen können, ließ er sich von seinen Gefährten an den Mastbaum fesseln.

Mit der „Schuldenbremse“ verhält es sich ähnlich. Die „Schuldenbremse“ ist eine verbindliche Selbstverpflichtung und zugleich ein strategischer Zug, weil sie Bund und Länder im Rahmen der Föderalismusreform II dazu zwingt, die Aufnahme neuer Kredite enger als bislang zu begrenzen. Die neue Schuldenregel wurde im Sommer 2009 im Grundgesetz verankert. Die Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags erarbeiteten daraufhin gemeinsam einen Gesetzentwurf, den sie im Dezember 2010 einstimmig verabschiedeten. Bei seiner Regierungserklärung im Mai 2011, also kurz nach Beginn der aktuellen Legislaturperiode, bekräftigte Ministerpräsident Kurt Beck dieses Ziel. In der Folge mehrten sich die Verweise auf die gesetzlich verankerte „Schuldenbremse“. Gleichermaßen wurde und wird immer wieder auf notwendige Bildungsinvestitionen hingewiesen. Beispiele gibt es viele:

- Die Unterrichtsversorgung ist vielerorts nicht ausreichend gewährleistet. **Der VDR fordert eine Unterrichtsversorgung von 100 + 5 Prozent.**
- Die Klassengröße erhöht sich nach der Orientierungsstufe auf bis zu 30 und mehr Schüler. **Der VDR fordert eine neue Klassengröße ab der Klassenstufe 7:** Keine Klasse darf im Realschulbildungsgang mehr als 25 und im Berufsreifebildungsgang mehr als 20 Schüler haben.
- Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ist immens gestiegen, ohne dass diese durch eine Verringerung der Unterrichtsverpflichtung kompensiert wurde. Die Mehrarbeit betrifft sowohl die gebundene als auch die ungebundene Arbeitszeit. **Der VDR fordert eine schrittweise Senkung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Lehrerwochenstunden.**
- Im Zuge der demographischen Entwicklung ist die Senkung der Unterrichtsverpflichtung umsetzbar. Zahlreiche ausgebildete Lehrkräfte mit einem befristeten Vertretungsvertrag warten auf eine Planstelle. **Der VDR fordert Beamtenstellen für ausgebildete Lehrkräfte.**
- Die Festschreibung der Gehaltserhöhung auf jeweils ein Prozent in den nächsten fünf Jahren bedeutet eine Abkoppelung der Lehrkräfte von der wirtschaftlichen Entwicklung. Nur zufriedene Mitarbeiter



sichern den Erfolg eines Unternehmens. So kann sich der „Spareffekt“ als teuer erweisen, wenn Lehrkräfte innerlich auf „Dienst nach Vorschrift“ umschalten. **Der VDR fordert eine angemessene und gerechte Besoldung der Lehrkräfte.**

Alle Parteien erklären, dass an der Bildung nicht gespart werden dürfe. Sie sollten, um ihrer Forderung Nachdruck und Glaubwürdigkeit zu verleihen, etwas genauer hinschauen, wo anderswo auf die „Bremse“ getreten werden soll. Sie auf einer Wegstrecke zu betätigen, die die Gegenwart und Zukunft der Kinder bahnt, ist unverantwortlich. Unser Land braucht Wachstum. Wer sich „an den Mast binden lässt“, um an der Bildung zu sparen, verhindert Wachstum.

*Jh
Bernd Korn*

Inhalt der Ausgabe 3/2012

Titelthema

Arbeit statt MehrArbeit 4
 Landeshauptvorstand tagt in Rech 10

Bildungspolitik

Doris John neue Vorsitzende 12
 Leserbrief: Es geht auch „ohne“ 12
 Steht die Schulsozialarbeit im Landkreis Birkenfeld vor dem Aus? 13
 VDR-Kommentar: Schulsozialarbeit 13
 VDR begrüßt Einrichtungsoptionen für Fachoberschulen 13
 Drei neue Fachoberschulen an Realschulen plus im Bezirk Trier 14
 Infos zu Sozialkompetenzen in den Abschlusszeugnissen? 15
 Newsletter für Eltern 15
 Schulfehlzeiten: Wie lange und wie oft? 16
 Leistungsniveau sichern 16
 Rheinland-Pfalz belegt Platz elf im Bildungsvergleich der 16 Bundesländer 17



FAZ-Beitrag:
 Inklusion mit Augenmaß 18

Seite 18

VDR-Verbandsarbeit

Im Gespräch: CDU-Landtagsfraktion 20
 CDU-Qualitätsinitiative Bildung 20
 Im Gespräch: Staatssekretär Beckmann 21
 Treffen mit dem Philologenverband 21

Schule in RLP

Keine(r) ohne Abschluss: 80 Prozent haben Berufsreife erreicht 22
 Neue Verwaltungsvorschriften zu „Klassenarbeiten“ und „Rechtschreibleistungen“ 22
 Mehr Geld für Grundschulleitungen 22

Schule und Recht

Sexuelle Handlungen zwischen Lehrern und Schülern: Grundsätzliche Ausführungen des OVG RLP 23
 Schulisches Personal trägt eine besondere Verantwortung für Schülerinnen und Schüler 23
 Beihilfeverordnung: todesfallbedingte Aufwendungen 24

Lärm für Nachbarn zumutbar 24
 Lehrerberuf: hohes Ansehen, geringe Anziehungskraft 25
 Handbuch Lehrergesundheit: Impulse für die Entwicklung guter gesunder Schulen 25

Beruf Lehrer



Dr. Michael Winterhoff:
 „Tyrannen müssen nicht sein“ 26

Seite 26

Foto: VDR

Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik

Neue Initiative zum Kinderschutz im Internet 28
 Schulklassen bei Gericht 28
 Qualitätssicherung durch Notendumping? 29
 ADHS zu häufig diagnostiziert 29
 It's cooperation, stupid! – Wenn es so einfach wäre 30
 Rauchen auf dem Schulgelände 31

VDR-Bezirke

VDR in den Studienseminaren 32
 VDR-Kommentar: Fairer Umgang mit Lehramtsanwärtern! 33

Bezirksvorstand Trier im Gespräch mit der Handwerkskammer Trier 34
 Trier VDR-Pensionäre auf Reisen 35
 VDR'ler begeistert von Ägyptens Schätzen 35

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

VDR-Rechtsschutz 36
 Termine Personalräteschulungen 36
 Erwin Steilen verabschiedet 37
 Hanns Peters und Birgit Maczuck: Dank für VDR-Engagement 38
 Leserbrief: Feedback an die neue Redaktion 39
 Geburtstagswünsche 40
 VDR-Beitrittserklärung 41

KlarText!

Die Kolumne 42



Arbeit statt MehrArbeit

Mehrarbeit, also zusätzliche Vertretungsstunden, mussten Lehrer immer schon leisten, allerdings gibt es wegen der „MehrArbeit“ immer mehr Konflikte und Unzufriedenheit. Das hat damit zu tun, dass die Kollegen neben ihrer regulären Unterrichtsverpflichtung auch noch mehr außerunterrichtliche Arbeit leisten müssen. Arbeit gibt es also mehr als genug, dennoch gibt es für Studienseminarabgänger nicht mehr, sondern weniger feste Arbeits- bzw. Planstellen in Rheinland-Pfalz. Das passt nicht, findet der VDR, und stellt mit der Initiative „Arbeit statt MehrArbeit“ die passenden Forderungen.

Bundesweit beklagen Lehrer die zunehmenden Belastungen

Laut einer Allensbach-Studie zum Prestige des Lehrerberufs bewerten 62 % der befragten Lehrerinnen und Lehrer an Haupt-, Real- und Sekundarschulen den Unterricht sowie den Umgang mit Schülern als zunehmend anstrengender. Der Prozentsatz ist also gerade dort erschreckend hoch, wo in den letzten Jahren Schulstrukturreformen bewältigt werden mussten: im Sekundarbereich I. Ursache hierfür ist, dass die politischen Reformbemühungen fast ausschließlich auf die äußeren Strukturen fokussiert waren. Es ist aber die „personelle Innenausstattung“, bei der dringend eine Verbesserung notwendig ist, will man den veränderten gesellschaftlichen Ansprüchen an Schule, die von der Politik selbst befeuert werden, Rechnung tragen. Hier

bewegt sich bislang leider wenig bis nichts. Die Rahmenbedingungen für gute Bildung werden eher noch verschlechtert, weil viele Landesregierungen trotz anderweitiger Versprechungen nicht der Versuchung widerstehen konnten, mit den Reformen auch massive Einsparungen vorzunehmen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung bildet da keine Ausnahme.

Schulen kommen nicht zur Ruhe

Zur Ruhe kommen lässt man die neuen Realschulen plus und auch die Integrierten Gesamtschulen nicht, obwohl diese nach so kurzer Zeit noch gar keine Chance hatten, ihren Konstitutions- bzw. Etablierungsprozess erfolgreich abzuschließen. „Weiter, immer weiter“, schallt es den Lehrern entgegen. Un-

Integrierte Gesamtschule: Bericht einer Kollegin

Engagement und Mehrarbeit werden auch an Integrierten Gesamtschulen nicht honoriert

Die Binnendifferenzierung in den fünften und sechsten Klassen, die sowohl der Förderung des Kindes als auch der Forderung nach Leistung gerecht werden will, erfordert von uns Kollegen, die an einer Integrierten Gesamtschule unterrichten, ein hohes Maß an Engagement und vor allem Zeiteinsatz, der zusätzlich zum eigentlichen Stundenkontingent anfällt.

Erschwerend kommt hinzu, dass gerade bei den im Aufbau befindlichen Integrierten Gesamtschulen die Anrechnung der Stunden für die Mitglieder der Planungsgruppe nach einem Jahr wegfallen – der Aufbau ist aber doch mit dem Start der fünften Klassen noch gar nicht abgeschlossen! Die Planungen gehen weiter.

Warum wird hier den engagierten Kolleginnen und Kollegen keine Entlastung mehr gewährt?

Die wöchentlichen Teamsitzungen mit fachdidaktischen, pädagogischen und konzeptionellen Inhalten werden von den Kollegen zusätzlich zu den erteilten Unterrichtsstunden und ohne Entlastung geleistet. Belastend ist das Ungleichgewicht zwischen der Regelstundenzahl der Lehrkräfte unterschiedlicher Lehrämter, obwohl an vielen Integrierten Gesamtschulen noch gar keine Oberstufe vorhanden ist.

Die sinnvollen und notwendigen Teamteaching-Stunden werden oftmals für Vertretungszwecke aufgelöst. Natürlich ist die positive Folge

davon, dass kein Unterricht ausfällt, aber im Hinblick auf unsere, in vielen zeitintensiven Teamsitzungen ausgearbeiteten Förder- und Förderkonzepte, ist das nicht nachvollziehbar. Leidtragende sind die Schüler, sie können nicht entsprechend gefördert bzw. gefordert werden.

Eine große Frustration entsteht bei den Kollegen wegen des Planstellenvergabeverfahrens. Natürlich ist es notwendig, dass Kollegen mit gymnasialer Lehrbefähigung an der IGS unterrichten. Allerdings kommt es allzu oft vor, dass Kollegen aus der Realschule plus (aus welcher die Integrierte Gesamtschule hervorgegangen ist), die bereits mit sehr viel Engagement durch Abordnung in der IGS mitgearbeitet haben,

bei der Besetzung nicht berücksichtigt werden. Frust ist die Konsequenz. Welche Wertschätzung für die geleistete zeitintensive Arbeit wird ihnen da entgegengebracht? Viele werden getröstet und erhalten keine Planungssicherheit. Weitere Abordnungen werden ausgesprochen. Was dies für eine sich im Aufbau befindliche Integrierte Gesamtschule und die auslaufende Realschule plus bedeutet, ist offensichtlich: Alles geht zu Lasten der Kollegen und der Schüler.

Wer eine gute Schule möchte, darf nicht sparen, sondern muss in gutes Personal investieren.

J. O.

Name ist der Redaktion bekannt

verständlich ist, dass es neben den Regierungsfractionen auch Lehrer-gewerkschaften sind, die schon wieder Schulstruktur-debatten anheizen oder in Hau-Ruck-Manier die Regelschulen mit neuen Aufgaben (z. B. Inklusion) be-fassen wollen, ohne dass auch nur annähernd geklärt ist, wie diese das trotz nicht vorhandener Ressourcen bewältigen sollen.

Gerade dieses ständige Infragestellen von Schularten (z. B. die Forderung nach Abschaffung von Förderschulen) ist fatal. Da-durch werden nicht nur die Eltern verunsichert, auch der Blick

der Öffentlichkeit wird von den eigentlichen Missständen in unserem Bildungssystem abgelenkt.

Damit ist aber weder unseren Kindern noch uns Lehrern selbst gedient – unabhängig davon, ob an einer Realschule plus oder Integrierten Gesamtschule unterrichtet wird: Die Herausfor-derungen sind ähnlich, wie der Bericht einer IGS-Lehrkraft deut-lich macht (siehe Seite 5). Aus diesen Gründen lässt sich der VDR nicht auf Nebenschauplätze locken. Er verweigert sich jeder weiteren Schulstrukturdebatte.

Montag

1	7:45-8:30	Deutsch 7 b – Stationenarbeit Gefühle erkennen und ausdrücken Materialien „Deutsch als Fremdsprache“ für Izarra und Livio nicht vergessen!
2	8:30-9:15	Deutsch 7 b – Stationenarbeit Gefühle erkennen und ausdrücken Schulsozialarbeiterin Müller beobachtet Max' Sozialverhalten in der Klasse!!! Rückmeldung nach 16:00 Uhr im Büro.
1. Pause		Kollegen an Klassenkonferenz am Donnerstag erinnern!
3	9:35-10:20	Hohlstunde Besprechung mit O. Schmidt: Was kann in Ethik nach Idole – Ideale unterrichtet werden? Nach Arbeitsplänen/Materialien fragen.
4	10:20-11:05	Deutsch 5 a – Rechtschreibtipps: Tipps auf Plakate. Plakate und Eddings von daheim mitnehmen. Für Kevin, Vlad und Jessi LRS-Übungen!
2. Pause		Klassenarbeiten für Erörterung in 9 d kopieren. P. daran erinnern, dass er in der 6. Aufsicht macht!
5	11:20-12:05	Deutsch 9 d (Berufsreife) – Klassenarbeit Erörterung. Handyverbot in der Schule »» P. Gehrein übernimmt Aufsicht in der 6. Std.
6	12:05-12:50	Sozialkunde 10 c – Schriftliche Überprüfung Prozess der Europäischen Einigung
Mittag		Absprache Sekretariat: Angebote Busunternehmen für Exkursion Europäisches Parlament
7	13:30-14:15	HA-Betreuung Albert, Timm und Svenja haben das letzte Mal unentschuldigst gefehlt! Elternunter-schriften vorzeigen lassen
8	14:15-15:00	HA-Betreuung Heute Abend Anrufe bei Lena M. (9 d) und Silvio V. (10 c) »» unerlaubtes Entfernen vom Pausenhof, Unterschriften fehlen
ab 15:45		Kopierarbeiten – Rückmeldebögen Schüler-evaluation kopieren für Kurzreferate 10 c! Unterrichtsmaterialien Materialien für Praktikanten in 8 b.

Dienstag

1	7:45-8:30	Geschichte 10 c – Weimarer Republik – Kurzreferate Dennis fehlt (Gerichtstermin), er muss das Referat nachholen.
2	8:30-9:15	Hohlstunde Elterngespräch: Entwicklung Sozialverhalten von Max, Schulsozialarbeiterin ist dabei »» Klassenkonferenz am Donnerstag!!!!
1. Pause		Mit Praktikanten Beobachtungsschwer-punkte für 5. und 6. in Erdkunde festle-gen. Übernehmen Teilbereiche der 6. Std.
3	9:35-10:20	Deutsch 5 a – Partnerübung Rechtschreibung Benn hat neuen Integrationshelfer – Ein-führungsgespräch unbedingt noch heute ab 16:00 Uhr!!!
4	10:20-11:05	Deutsch 5 a – Eigen-, Partner-, Laufdiktat Kevin, Vlad und Jessi sind in der LRS-AG!!!
2. Pause		WICHTIG: Elterngespräch wegen Kai auf Freitag verschieben. Raum für Bespre-chung in der 7. Stunde suchen!
5	11:20-12:05	Erdkunde 8 b – Der Mensch verändert Räume Ausführliche Unterrichtsplanung für Prakti-kanten nicht vergessen!!!
6	12:05-12:50	Erdkunde 8 b – Der Mensch verändert Räume Angeleiteter Unterricht, Beobachtungs-schwerpunkt: Impulsverhalten der Praktikanten!
Mittag		Essensaufsicht Malu isst nicht richtig!!! Eltern wollen Eintrag ins Doku-Heft.
7	13:30-14:15	Besprechung mit den Praktikanten. Analyse der beiden Stunden in 8 b
8	14:15-15:00	Besprechung mit den Praktikanten. Fachauf-satz „Kooperatives Lernen“ »» wie gelang das in der 5. Stunde?
ab 15:45		Vorbesprechung Teamteaching Deutsch 6 a »» F. Ulmer nimmt Gruppe mit Lern-schwächeren. Fabel laut vorlesen üben; vorgefertigte Materialien: Merkmale der Fabeln ausfüllen.

Mittwoch

1	7:45-8:30	Deutsch 6 a – Fabeln – Teamteaching Förderschulkoll. krank: Materialien für António im Ordner. Medikamente Debbi!!!
2	8:30-9:15	Deutsch 9 d (BR) – Bewerbungstraining David!!! Klassenleiter verständigen, falls er wieder fehlt. »» Jugendamt
1. Pause		WICHTIG: Materialien besorgen für Vertretungsstunde 8 e Chemie
3	9:35-10:20	Hohlstunde Elterngespräch Kai Vertretung 8 e – Chemie
4	10:20-11:05	Deutsch 7 b Etwas mitteilen, ohne zu verletzen »» Unterstützungskärtchen!!!
2. Pause		Vater von Kim (7 b) ist aufgetaucht. Gesprächstermin: Montag, 3. Stunde
5	11:20-12:05	Sozialkunde 10 c – Vorbereitung Besuch EP Straßbourg Miführung 10 d Bio »» Arbeitsblätter erl.!! Hürrem Elternbrief???
6	12:05-12:50	Deutsch 5 a – Verbesserung Diktate Förderschulkollegin und Integrationshelfer gehen mit Benn, Kevin, Vlad, Jessi, Cem und Torben in den Verfügungsraum
Mittag		Busaufsicht wegen Klassenkonferenz am Donnerstag tauschen!
7	13:30-14:15	Dienstbesprechung Drogenberatung und Suchtprävention »» Der Suchtbeauftragte des Kreises kommt
8	14:15-15:00	Dienstbesprechung Drogenberatung und Suchtprävention »» David (9 d): Anzeichen für Drogenmissbrauch??
ab 15:45		Dienstbesprechung Drogenberatung und Suchtprävention Abends unbedingt Eltern von Leonie, Susann, Benjamin und Kai anrufen!!!

Missverhältnis von gebundener und ungebundener Arbeit führt zu Konflikten

Ein Problem in unserem Bildungssystem ist die Zunahme von außerunterrichtlichen Verpflichtungen der Kolleginnen und Kollegen. Einen eindrucksvollen Einblick ermöglicht der Wochenplan, den wir hier abdrucken (siehe unten).

Die Namensangaben sind fiktiv, die aus den Eintragungen ersichtlichen Belastungen sind es nicht. Der Unterricht ist anstrengender und belastender geworden. Darüber hinaus driftet das

Verhältnis von gebundener und ungebundener Arbeit – auch durch das Zutun der Bildungspolitik, die Schulen permanent neue Aufgaben überträgt – auseinander. Das erschwert der Institution Schule, ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag bei ohnehin durch den gesellschaftlichen Wandel verursachten, erschwerten Ausgangsbedingungen (Stichwort Heterogenität) gerecht zu werden. Zeit wird in Schulen und für Lehrkräfte zu einem immer knapper werdenden Gut, worunter zuallererst die Schüler leiden. Dass die personellen Ressourcen dieser Entwicklung nicht angepasst wurden, führt im Schulalltag zu Kon-

Donnerstag

1	7:45-8:30	Deutsch 7 b – Personen beschreiben Epochalnoten: Martin (4+), Max (3-), Cengiz (2), Juri (2-), Sofia (3), Ilayda(1)
2	8:30-9:15	Deutsch 5 a – Rechtschreibproben Materialien für Kevin, Vlad + Jessi!!! Hausaufgaben kontrollieren. KL informieren, Arbeitshaltung lässt nach!!
1. Pause		Infopause Schulbuchausleihe: SL informiert über Elternbeschwerden bei Beschädigung
3	9:35-10:20	Deutsch 7 b – Von Ärgernissen in Geschichten erzählen » » ACHTUNG: problematisches Sozialverhalten!
4	10:20-11:05	Deutsch 9 d (BR) – Bewerbungstraining David, Estelle, Leon + Isabella: Nachschreiben Englischarbeit in Raum 210
2. Pause		Hof-Aufsicht » » Raucherecke kontrollieren » » Auf Max achten
5	11:20-12:05	Ethik 7. Klassen – Idole – Ideale PPT anfertigen » » Kenan und Pelin müssen HA noch nachreichen!
6	12:05-12:50	Frei Gespräch mit SL wg. problematischem Sozialverhalten in 7 b – Klassenkonferenz » » Befragung von Leonie, Susan, Benjamin + Kai
Mittag		Computerraum reservieren: 9d Bewerbertraining.
7	13:30-14:15	Förderunterricht Deutsch 8. Klasse: Nominalisierung Adjektive und Verben ACHTUNG: Andrej + Sarah direkt aus der Mensa abholen, wollen abhauen!!!
8	14:15-15:00	7. Klasse: Materialien Zeitformen Kommt Steven noch? Hat zwei Mal gefehlt. Rücksprache mit Klassenlehrerin!!! Referendarin M. löst mich wg. Klassenkonferenz nach einer halben Stunde ab.
	ab 15:45	Klassenkonferenz 7 b: Max' problematisches Sozialverhalten » » Facebookbeiträge Vorschlag: 1. Soziales Training mit der gesamten Klasse. 2. Schulpsychologischen Dienst wegen Max einschalten

Freitag

1	7:45-8:30	Deutsch 9 d (BR) – PC-Raum » » Bewerbungen schreiben David fehlt: Termin beim Jugendamt
2	8:30-9:15	Sprechstunde Vater von Maxime (7 d) » » Hausaufgaben und Materialien fehlen, Schulsozialarbeiterin hinzuziehen
1. Pause		Besprechungsraum reservieren für Stundenbesprechung mit Anwärterin.
3	9:35-10:20	Deutsch 7 b – » » Referendarin M. hält Stunde, hat demnächst UB in 7 a Max und Benjamin im Auge behalten!
4	10:20-11:05	Hohlstunde Stundenbesprechung mit Referendarin, Beobachtungsschwerpunkt: Stundenstrukturierung und Phasenübergänge
2. Pause		Anruf schulpsychologischer Dienst » » Max (7 d)
5	11:20-12:05	Geschichte 10 c – Weimarer Republik – Kurzreferate » » Thien steht auf 5! DRINGEND Gespräch mit KL!!!
6	12:05-12:50	Klassenleiterstunde 7 b – Kommunikationstraining mit Schulsozialarbeiterin
Mittag		
7	13:30-14:15	Vorbereitung Fachkonferenz Deutsch/ Absprache Dtsch.-U. 7. Klassen » » Neue Arbeitspläne
8	14:15-15:00	Vorbereitung Fachkonferenz Deutsch/ Absprache Dtsch. Neue VV Klassenarbeit/ Rechtschreibung berücksichtigen!!!
	ab 15:45	Kopierarbeiten » » Zusatzstationen für Kim, Ole + Betty (Deutsch 7 b), Beschlüsse Klassenkonferenz in Max Schülerakte dokumentieren.

Samstag

- ACHTUNG!!! Klassenarbeiten fertig machen!!!
- Deutschaufsätze 9 d
- Schriftliche Überprüfung 10 c
- Vorbereitung Parallelarbeit 7. Klassen
- Telefonate mit Klassenlehrern
 - Steven (Fehlen beim Förderunterricht)
 - Thien (wegen 5 in Geschichte)
 - Isabella (problematisches Verhalten in der Klasse)

Sonntag

- Hausmeister informieren:
Nächste Woche Elternabend am Donnerstag ab 18:00 Uhr in Raum 120
- Materialien für Praktikanten in Erdkunde zusammenstellen.
- Planung der Unterrichtseinheit von Anwärterin gelesen und Rückmeldung geben, anrufen ab 19.00 Uhr
- Telefonat mit Eltern von Max » » Info über Gespräch mit Schulpsychologischem Dienst

Einwurf

Nervöser und ruppiger

Unter dem Strich ist es noch vergleichsweise ruhig um die Sparpolitik der Landesregierung. Doch die Gewerkschaften setzen Rot-Grün zunehmend unter Druck: Es gibt immer wieder Kritik am geplanten Abbau von Lehrerstellen. In den Reihen der Polizeigewerkschaft sind Zorn und Frust über die geplante Polizeireform zu spüren. Der Beamtenbund will gegen die Deckelung der Einkommenssteigerungen für Beamten klagen, der DGB es ihm vielleicht nachmachen. Die Wut der Staatsdiener ist verständlich, der Zwang der Regierung zum Sparen ebensowenig wegzudiskutieren. Der Ton zwischen Regierung und Gewerkschaften ist allerdings nervöser und ruppiger geworden.

Quelle: Arno Becker, Die Rheinpfalz vom 16. Juni 2012

flikten, z. B. wenn es um Mehrarbeit infolge von temporärem Unterrichtsausfall geht. Diese Konflikte gehören nicht in die Schule, und dafür macht sich der VDR mit der „Initiative Arbeit statt MehrArbeit“ stark.

Die Öffentlichkeit nimmt übrigens zur Kenntnis, dass der Ton zwischen Lehrerverbänden und der Landesregierung in Sachen Bildung „ruppiger“ (siehe „Einwurf“ oben links auf dieser Seite) wird.

Lehrerbedarfsarithmetik muss hinterfragt werden

Der VDR lässt sich nicht von der Lehrerbedarfsarithmetik des Bildungsministeriums beindrucken, die kaum dem Zwecke dient, den tatsächlichen (pädagogischen) Bedarf der Schulen zu ermitteln. Mittels Auftrags-Zahlenkunst, das hat uns gerade das so genannte Klemm-Gutachten deutlich vor Augen geführt, sollen Einsparungen und Streichungen auch noch als Erfolge verkauft werden. Wundert sich da noch jemand, wenn 55 % der Lehrerinnen und Lehrer der Bildungspolitik ihres Bundeslandes kein gutes Zeugnis ausstellen (siehe besagte Allensbachstudie)? Die Formel, aus der sich die Lehrerstundenzuweisung für die Schulen ergibt, wird, insbesondere in den Realschulen plus, den Anforderungen des schulischen Alltags nicht mehr gerecht! Das muss die Landesregierung endlich zur Kenntnis nehmen.

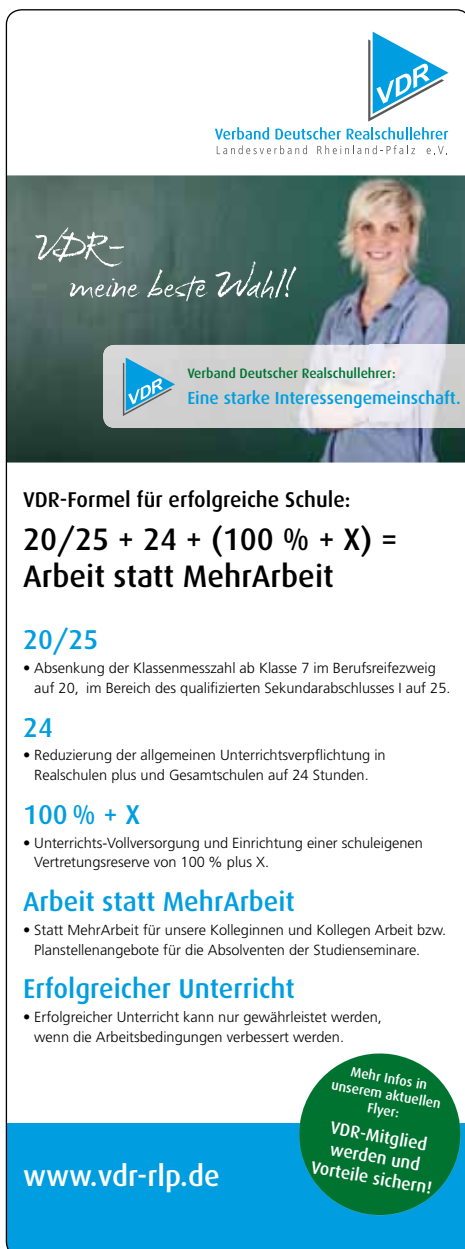
Schulen müssen viel mehr Zeit in die Beziehungsarbeit mit Schülern wie Eltern investieren, die insgesamt heterogenere Schülerschaft konfrontiert Schule zunehmend mit Erziehungsdefiziten (siehe auch Interview mit Dr. Michael Winterhoff, Seite 26), Lern-, Sprach- und Motivationsproblemen. Unterricht muss neu gedacht werden. Der Förderaspekt sowie verbindliche Bildungsstandards und Kompetenzerwerbsziele erfordern fortlaufend Koordinierung und Absprachen unter Lehrern. Bei den Schwerpunktschulen kommt ein erhöhter Absprache- und Koordinierungsaufwand hinzu, der sich aus der Zusammenarbeit mit Förderschulkollegen und Integrationshelfern ergibt.

Motivierte junge Lehrkräfte wandern ab

Wenn das Wohl der Kinder im Mittelpunkt steht, dann muss die Landesregierung endlich handeln. Es kann nicht sein, dass trotz der skizzierten Personalengpässe zum einen die Schulen mit immer neuen Aufgaben überfordert werden und zum anderen der pädagogische Nachwuchs entweder abwandert oder sich mit befristeten Verträgen von Halbjahr zu Halbjahr an wechselnden Schulen über Wasser halten muss. Ersteres ist aus Sicht des rheinland-pfälzischen Steuerzahlers Auswüschungsverwundung, letzteres ist unter pädagogischen Gesichtspunkten nicht zu verantworten: Wo bleibt bitteschön die pädagogische Kontinuität, wenn im halbjährlichen Wechsel die Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen ausgetauscht werden? Dass eine ganze Generation von Lehramtsanwärtern unter diesen ungewissen Zukunftsaussichten leidet, belegt beispielhaft der Leserbrief einer zukünftigen Lehrerin (siehe Seite 9).

Flagge zeigen mit dem VDR! „Arbeit statt MehrArbeit“!

Forderungen nach Absenkung der Unterrichtsverpflichtung sowie Reduzierung der Klassenmesszahlen (siehe Pressemitteilung vom 8. August 2012 auf Seite 10) werden in Teilen der



VDR
Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

VDR-
meine beste Wahl!

VDR Verband Deutscher Realschullehrer:
Eine starke Interessengemeinschaft.

VDR-Formel für erfolgreiche Schule:
**20/25 + 24 + (100 % + X) =
Arbeit statt MehrArbeit**

20/25

- Absenkung der Klassenmesszahl ab Klasse 7 im Berufsreifezweig auf 20, im Bereich des qualifizierten Sekundarabschlusses I auf 25.

24

- Reduzierung der allgemeinen Unterrichtsverpflichtung in Realschulen plus und Gesamtschulen auf 24 Stunden.

100 % + X

- Unterrichts-Vollversorgung und Einrichtung einer schuleigenen Vertretungsreserve von 100 % plus X.

Arbeit statt MehrArbeit

- Statt MehrArbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen Arbeit bzw. Planstellenangebote für die Absolventen der Studienseminare.

Erfolgreicher Unterricht

- Erfolgreicher Unterricht kann nur gewährleistet werden, wenn die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Mehr Infos in
unserem aktuellen
Flyer.
VDR-Mitglied
werden und
Vorteile sichern!

www.vdr-rlp.de

Öffentlichkeit immer noch als Versuche missgedeutet, uns Lehrern ein bequemes Berufsleben zu verschaffen. Beispielhaft für eine solche Sichtweise ist eine Passage im aktuellen Bericht des Landesrechnungshofes zu den Anrechnungs-, Ermäßigungs- und Freistellungsstunden (AEF-Stunden): „Durch sinkende Schülerzahlen freigewordene Ressourcen wurden zu einem erheblichen Anteil nicht zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, sondern zur Entlastung von Lehrkräften genutzt“, kritisiert der Landesrechnungshof und stellt apodiktisch fest: „Der Rechnungshof geht davon aus, dass der Mehraufwand“, der durch die Übernahme von zusätzlichen schulischen Aufgaben entsteht, „infolge der Entlastung durch kleinere Klassen und weniger Schüler ausgeglichen wird.“

Und das ist das Problem: Die Entlastung der Lehrkräfte wird als „Bonbon“ angesehen und nicht als Notwendigkeit, um den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Dass von verbesserten Arbeits- und Rahmenbedingungen, wie sie der VDR mit der Initiative für „Arbeit statt MehrArbeit“ einfordert, in erster Linie unsere Kinder profitieren, muss sich erst noch durchsetzen. Es ist also weiterhin viel Beharrlichkeit und Überzeugungsarbeit seitens des VDR erforderlich! Wir bleiben dran!

Unterstützen Sie uns bei unseren Forderungen

Sie, unsere Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, haben es in der Hand, ob der VDR mit seinen Forderungen nach verbesserten schulischen Arbeits- und Rahmenbedingungen erfolgreich sein wird! Unterstützen Sie uns!

Unterstützen Sie unsere Personalräte bei der ADD und im Ministerium!



Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de



Timo Lichtenthäler
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de



Peter Quint
quint.peter@vdr-rlp.de



▶ LESERBRIEF PER E-MAIL „UNGEWISSE ZUKUNFT“

„...empfinde ich mich unter ständigem Druck...“

Ich bin eine 28-jährige junge Frau aus Rheinland-Pfalz und befinde mich momentan im 2. Ausbildungshalbjahr des Vorbereitungsdienstes an einer Realschule plus. Mein 1. Staatsexamen für das Lehramt an Realschulen habe ich in den Fächern Geschichte und Biologie an der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, abgelegt.

Ich bin seit kurzem verheiratet und würde zusammen mit meinem Mann gerne „sesshaft“ werden. Dem steht die momentane Einstellungssituation in Rheinland-Pfalz sowie die Unsicherheit entgegen, ob und wann ich eine Planstelle erhalten kann. Nach langem Studium, diversen Vertretungsverträgen sowie dem Vorbereitungsdienst ist es nun endlich Zeit „anzukommen“ und sichere Zukunftsaussichten zu haben.

Doch genau das Gegenteil ist leider der Fall: Wie es nach dem Vorbereitungsdienst weiter geht, kann mir keiner versichern. Aktuell ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern will niemand eine Planstelle oder einen Vertretungsvertrag zusichern! Dies ist tief belastend und hat gravierende Auswirkungen auf das Leben und die Familienplanung! Um

überhaupt in ungewisser Zukunft die Chance auf eine Planstelle zu haben, empfinde ich mich unter ständigem Druck, den Vorbereitungsdienst mit „sehr gut“ abzuschließen.

Das Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen ist nach wie vor mein Berufswunsch, der jedoch zurzeit von Zukunftsängsten und Unsicherheit geprägt ist! Diese Situation entspricht keinesfalls den Eindrücken, die wir in den Schulen gewinnen. Es fehlen täglich Lehrerinnen und Lehrer, die guten Unterricht garantieren. Lehrer werden dringend benötigt, aber trotzdem nicht eingestellt! Für einige meiner Bekannten ist dies der Grund, sich derzeit gegen ein Lehramtstudium zu entscheiden! Wenn man Kollegen im Vorbereitungsdienst oder fertig ausgebildete Kollegen an Schulen befragt, die mit Vertretungsverträgen mit wenigen Stunden in der Woche ruhig gestellt werden, ist schnell klar: Unter diesen Voraussetzungen würde die Berufswahl nicht noch einmal auf das einst reizvolle Amt des Lehrers fallen.

A. B.

Name ist der Redaktion bekannt

► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 8. AUGUST 2012



Arbeit statt MehrArbeit

„Arbeit statt MehrArbeit“ – auf diesen kurzen Nenner bringt Landesvorsitzender Bernd Karst die Forderungen des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) zum Schuljahresbeginn an die Landesregierung.

Arbeit gäbe es genug für die zahlreichen Absolventen der Studienseminare, die bei der Vergabe der wenigen Planstellen auch in diesem Jahr leer ausgehen. Bei der Lehrerversorgung der Schulen kalkuliert die Schulbehörde schon von Anfang an Defizite bis zu 4 % ein. Der Unterrichtsausfall wäre sogar noch höher, würde man nicht durch Zeitverträge mit kurzer Laufzeit die schlimmsten Löcher stopfen. Diese Zeitverträge lehnt der VDR ab, weil sie für die Betroffenen unsozial und für einen kontinuierlichen Unterricht problematisch sind.

Mehr Arbeit müssen dagegen die Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen schultern, denn sie tragen die Hauptlast der 2009 begonnenen Schulstrukturreform. Die Erziehungsarbeit nimmt immer mehr Raum ein und erfordert mehr Kooperation, Absprache und Beratung. Daneben gilt es, den fachlichen Anspruch aufrecht zu erhalten, damit die Schülerinnen und Schüler mit ihrem Schulabschluss auf

dem Arbeitsmarkt bestehen können. Die Arbeits- und Rahmenbedingungen wurden dieser Entwicklung aber bisher nicht angepasst.

Eine zentrale Forderung des VDR ist, die allgemeine Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte in den kommenden Jahren schrittweise auf 24 Lehrerwochenstunden zu reduzieren. Mit dem demografischen Gewinn wie auch mit der hohen Zahl der Lehramtsanwärter kann die Umsetzung der Maßnahme zeitnah gelingen. Das Ministerium müsste dafür auf die Streichung von ca. 950 Lehrerstellen verzichten.

Die Realschulen plus erleben beim Übergang von der Orientierungsstufe in die Klasse 7 eine Erhöhung der Klassenmesszahl von 25 auf 30 Schüler, was zur Zusammenlegung von Klassen führen kann. Gerade in der erzieherisch schwierigen Pubertätsphase sind aber kleine Klassen Voraussetzung für eine individuelle Förderung. „Keine Klasse bzw. kein Kurs darf im Realschulbildungsgang mehr als 25 Schüler und im Berufsreife-Bildungsgang mehr als 20 Schüler haben“, verlangt VDR-Chef Bernd Karst nachdrücklich.

Landeshauptvorstand 2012

VDR-Klausurtagung in Rech an der Ahr



Die Landeshauptvorstandssitzung am 6. und 7. August wurde turnusmäßig vom Bezirksverband Koblenz organisatorisch vorbereitet. Die Mitglieder des Landeshauptvorstandes beschäftigten sich intensiv mit Themen, die den Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus und den Integrierten Gesamtschulen „unter den Nägeln brennen“ und stellten die Weichen für die bis 2016 anhaltende Legislaturperiode des Geschäftsführenden Landesvorstandes.

Die Schulstrukturreform ist 2013 äußerlich abgeschlossen – im Innenleben noch lange nicht

Die Bestandsaufnahme zu Beginn der Tagung zeigte mehr als deutlich, dass die Schulen nach dem Reformprozess Belastungen ausgesetzt sind, die ohne eine entsprechende Begleitung und Bereitstellung von Ressourcen schwer zu bewältigen sind. Eine besondere Fokussierung der Problemanzeigen zeigte sich im Bereich des täglichen Arbeitsplatzes Schule (Auszug):

- Maßnahmen und Unterstützung im Umgang mit schwierigen Schülern, sogar Schulverweigerern
- Arbeits- und Rahmenbedingungen an Schwerpunktschulen
- Unterstützungssysteme im Umgang mit beeinträchtigten Kindern
- Lehrergesundheit
- Dislozierte Standorte und deren innerstrukturellen Belastungen
- Die Aufgaben, die außerhalb des eigentlichen Unterrichts liegen, nehmen Überhand



Berufsperspektiven für das Lehramt Realschule plus verbessern!

Sorge bereitet die Entwicklung der Studierendenzahlen. Viele Absolventinnen und Absolventen des Bachelor-Studiengangs entscheiden sich für das Lehramt im Bereich der Sekundarstufe II. Der Arbeitsplatz Schule muss für den qualifizierten und dringend benötigten Nachwuchs attraktiv sein und Rahmenbedingungen schaffen, die motivieren. Die jungen Kolleginnen und Kollegen brauchen stabile Perspektiven und gute Einstellungs-chancen für eine Planstelle.

Soziale Netzwerke – Twitter, Facebook & Co

Sie gehören mittlerweile zum multimedialen Alltag dazu und sind auch im Bereich Bildung und Schule ein zunehmendes Themenfeld. Durch den Fachvortrag eines Experten ließen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der LHV über Chancen, Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Netzwerke informieren und bekamen einen breiten Einblick in die Materie. In der kommenden Ausgabe erfahren Sie mehr über das Thema Facebook.



 **Timo Lichtenthäler**
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de



Jahrestagung 2012 SCHULEWIRTSCHAFT

Doris John neue Vorsitzende

Die Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT** stand unter dem Motto „Lernen lernen“. Vertreter aus Schulen und Unternehmen diskutierten in Bad Kreuznach, wie man Schülerinnen und Schülern den Übergang ins Berufs- und Arbeitsleben erleichtern könne.



Foto: LVU-Krupp-Presse

„Wir müssen lernen, mit Heterogenität umzugehen“, sagte Dr. G. F. Braun (rechts), der Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) in seinem Einführungsvortrag. Der steigende Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die zunehmende Leistungspreizung in den Schulen und die Zusammenführung der bisherigen Haupt- und Realschüler in die Realschule plus erforderten neue Antworten von Schulen und Betrieben.

Neue Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT** ist Doris John (Mitte). Sie leitet die Bertha-von-Suttner-Realschule plus in Betzdorf. Sie folgt auf Christel Frey (2. v. rechts) vom Gymnasium Nieder-Olm. VDR-Vorsitzender Bernd Karst (links) überbrachte die Glückwünsche des Landesvorstandes.

Quelle: www.schulewirtschaft-rp.de/schulewirtschaft.html

Hintergrund

Die Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT** Rheinland-Pfalz ist eine Einrichtung der LVU. Sie engagiert sich in der Lehrerfortbildung, beteiligt sich an Projekten und betreut 35 regionale Arbeitskreise im Land. Diese werden ehrenamtlich von Lehrern und Vertretern der Wirtschaft geleitet. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Schulen zu verbessern. Aus dieser Kooperation heraus entstehen Angebote wie Schnupperpraktika für Lehrer, Berufsinformationsbörsen und Schulpatenschaften von Unternehmen.



Wolfgang Wünschel
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de

Allgemeine Zeitung Mainz vom 2. Juli 2012

Es geht auch „ohne“

Zur Diskussion um gesellschaftlich akzeptierte Schulformen und unseren Beitrag „Was ist ein Kind schon ohne Abitur?“:

Wenn ich als Vater erkenne, wie sehr sich mein Kind in der Schule quält und die Familie unter dem Dauerthema Schule leidet, sollte ich vielleicht doch die Option des Schulwechsels in Erwägung ziehen. Wenn man seinem Kind lange genug einredet, dass es nur die eine „wahre“ Schulform, nämlich das Gymnasium gibt und der Wechsel in eine andere Schulform einem „sozialen Abstieg“ gleichkommt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn

der Druck auf das Kind nicht weniger wird.

Auch unser Sohn ist in einer Realschule plus, und die Behauptung, dort gebe es mehr Kinder mit „zweifelhaftem sozialen Hintergrund“, ist ein Klischee und entspricht nicht den Tatsachen. Wenn ich meinem Kind aufzeige, dass es neben dem Gymnasium eine Reihe anderer Möglichkeiten gibt, das Abitur zu erreichen und dadurch eine wesentlich druckfreiere und entspanntere Familiensituation herbeiführen kann, ist es das für mich wert.

Andrea Horn
Mommenheim

Anzeige

Ich bin ein Kind.

Werden Sie UNICEF-Pate.
Mit nur 10 Euro im Monat.
Damit Kinder eine Kindheit haben.
Jetzt anmelden: www.unicef.de

unicef
Gemeinsam für Kinder

Rhein-Zeitung vom 4. Juni 2012

Steht die Schulsozialarbeit im Landkreis Birkenfeld vor dem Aus?

Kreis Birkenfeld. Die Schulsozialarbeit nimmt auch im Landkreis Birkenfeld einen immer höheren Stellenwert ein. Dennoch ist es fraglich, ob dieses von allen Seiten gelobte Modell von langer Dauer sein wird. Die Landesregierung hat die finanziellen Mittel dafür gekürzt, ausbaden müssen dies die untergeordneten Kommunen.

Bislang sah es so aus, dass im Landkreis Birkenfeld durch das schon seit Jahren bestehende Landesprogramm 3,5 Stellen an fünf Schulen mit 2.706 Schülern finanziert wird. Die Schulleiter haben,

so ist zu hören, durchweg positive Erfahrungen gemacht. An der Realschule plus Birkenfeld ist die Euphorie so groß, dass eigene Gelder aufgebracht werden, um Sozialarbeiter Thomas Petry noch länger beschäftigen zu können. Denn eins steht fest: Der Bedarf ist auf jeden Fall vorhanden.

Lesen Sie den kompletten Artikel von Andreas Nitsch in unserer Onlineausgabe!



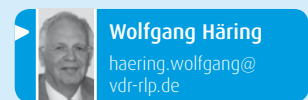
► VDR-KOMMENTAR

Schulsozialarbeit

In einer Pressemitteilung vom 13. März 2012 (www.vdr-rlp.de > Presse) hatte der VDR eine spürbare Aufstockung der Zahl der Schulsozialarbeiter gefordert und die im Landeshaushalt vorgesehene Mittelkürzung heftig kritisiert.

Inzwischen beklagen immer mehr Kreise die Kürzungen durch das Jugendministerium. Sie sehen sich nun ihrerseits gezwungen, die Stellenzahlen zu kürzen. Vom Kreis Bernkastel-Wittlich haben wir bereits in Heft 2/2012, Seite 19, berichtet. Die Meldungen aus dem Kreis Birkenfeld (s. o.) bestätigen erneut die Befürchtungen

des VDR. Unser Verband appelliert an Jugendministerin Irene Alt, die Zuschussmittel umgehend bedarfsgerecht aufzustocken, um einen weiteren Kahlschlag beim gerade erst beginnenden Aufbau der Schulsozialarbeit zu vermeiden.



► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 20. JUNI 2012

Realschullehrerverband begrüßt Errichtungsoptionen für Fachoberschulen

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) begrüßt das Bekenntnis der Ministerin zum weiteren Ausbau des Netzes an Fachoberschulen an Realschulen plus. Mit den heute verliehenen Errichtungsoptionen wird das Netz der Fachoberschulen im Land weiter verdichtet. Der Realschullehrerverband sieht seine Forderung, den Bezirk Trier und die Großstädte nicht zu vernachlässigen, allerdings noch nicht vollständig erfüllt. Noch immer gibt es große Städte und Landkreise ohne dieses Aufstiegsangebot für leistungswillige und leistungsfähige Schülerinnen und Schüler.

„Wir brauchen ein voll ausgebautes Netz an Fachoberschulen vor allem zur Deckung des wachsenden Bedarfs an qualifizierten Fachkräften. Nicht zuletzt wird auch die Attraktivität der Realschulen plus und damit die Bedeutung der Dualen Berufsausbildung gestärkt“, so der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst. Der VDR geht davon aus, dass in den kommenden Jahren weitere Fachoberschulen an Realschulen plus eingerichtet werden.

Neue Fachoberschulen an Realschulen plus Errichtungsoptionen August 2013

Standort	Realschule plus	Fachrichtung (Schwerpunkt)	Landkreis/kreisfreie Stadt
Alzey	Gustav-Heinemann-RS plus Alzey	Gesundheit	Landkreis Alzey-Worms
Daun	Leopold-von-Daun RS plus Daun	Gesundheit	Landkreis Vulkaneifel
Konz	RS plus Konz	Technik (Technische Informatik)	Landkreis Trier-Saarburg
Linz	RS plus Linz	Wirtschaft/Verwaltung, Gesundheit	Landkreis Neuwied
Mainz	RS plus Kanonikus-Kir Mainz	Wirtschaft/Verwaltung, Gesundheit	Kreisfreie Stadt Mainz
Traben-Trarbach	RS plus Traben-Trarbach	Gesundheit	Landkreis Bernkastel-Wittlich

► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 20. JUNI 2012

FOS-Erri chtungsoptionen für drei Fachoberschulen an Realschulen plus im Bezirk Trier



Der Bezirksverband Trier des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) begrüßt das Bekenntnis der Ministerin zum weiteren Ausbau des Netzes an Fachoberschulen an Realschulen plus. Mit den heute verliehenen Errichtungsoptionen werden Lücken im Schulaufsichtsbezirk Trier geschlossen.

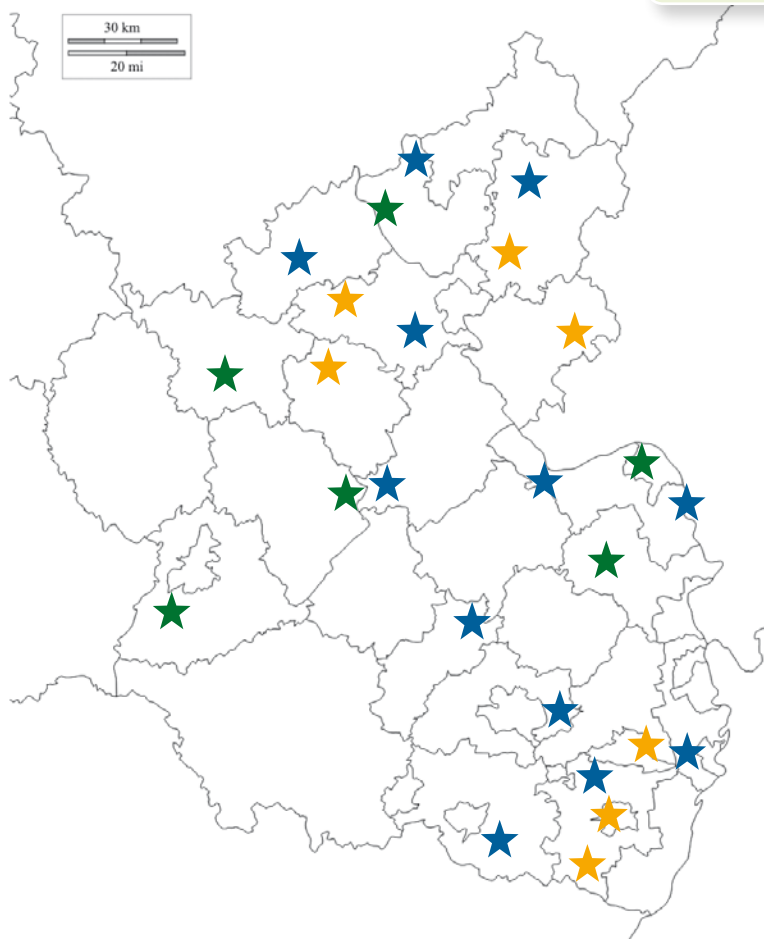
Mit den Standorten Daun, Traben-Trarbach und Konz wurden sowohl der Kernraum Trier als auch der weitere Umkreis bedacht. Zweimal wurden Schulen mit Fachrichtung Gesundheit, einmal mit Technik – Fachrichtung Technische Informatik optioniert. Die Schulen müssen nun Fakten für den Betrieb des neuen Bildungsgangs schaffen, wie z. B. ausreichende Zahl von Praktikumsplätzen, um im kommenden Schuljahr die Option einlösen zu können.

„Im vergangenen Jahr war die Unzufriedenheit groß, weil der Eindruck vorherrschte, der Raum Trier würde ausgespart. Nun wird endlich eine wichtige Lücke geschlossen“, so Erwin Schneider, Bezirksvorsitzender des VDR Trier.

Es wäre wünschenswert, wenn mittelfristig zumindest in jedem Kreis des Trierer Raumes eine FOS eingerichtet werden könnte. Damit würde ein Bildungsangebot etabliert, das schwerpunktmäßig wichtige Bedürfnisse der jeweiligen kommunalen Einheit abdeckt.

Hintergrund

Die Fachoberschule führt im Anschluss an den Realschulabschluss in einem zweijährigen Bildungsgang zur allgemeinen Fachhochschulreife. In Klasse 11 wird an jeweils drei Wochentagen ein Fachpraktikum durchgeführt, in den beiden restlichen Tagen wird – wie auch in der gesamten Klasse 12 – Vollzeitunterricht erteilt.



Legende FOS-Standorte

- ★ Start 2011
- ★ Start 2012
- ★ Start 2013

Lesen Sie zu diesem Thema auch unseren Beitrag „Ministerin Ahnen setzt auf Aufstiegsorientierung“ in unserer aktuellen Onlineausgabe.

Kompletten Artikel online lesen:
www.vdr-rlp.de

Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de

DIHK-Ausbildungsumfrage 2012

Infos zu Sozialkompetenzen in den Abschlusszeugnissen?

Hans-Heinrich Driftmann, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) äußerte sich bei der Vorstellung der DIHK-Ausbildungsumfrage 2012 zur Ausbildungsreife der Schulabgänger:

„Auch wenn es keiner mehr hören will: Zur Realität auf dem Ausbildungsmarkt gehört weiterhin, dass zu viele Jugendliche nicht ausbildungsreif sind. Drei Viertel der Betriebe geben auch in diesem Jahr an, dass mangelnde Deutsch- und Mathekenntnisse oder fehlende Sozialkompetenzen der Bewerber die Ausbildung verhindern oder erschweren. Mit Nachhilfeangeboten unterstützt die Mehrheit der Ausbildungsbetriebe (57 Prozent) ihre Auszubildenden dabei, ihre schulischen Wissenslücken zu füllen. ... Defizite bei der Leistungsbereitschaft (49 Prozent) oder Disziplin (48 Prozent) können die Ausbilder aber nur schwer ausgleichen.“

Deshalb würden Informationen zu den Sozialkompetenzen in den Schulzeugnissen es den Unternehmen erleichtern, auch Jugendlichen mit schlechten Schulnoten eine Chance zu geben.“

Frage: Wird hier nach Kopfnoten in den Abschlusszeugnissen gerufen?

*Wü/Quelle: www.dihk.de/presse/meldungen/2012-05-08-ausbildungsumfrage?searchterm=Sozialkompetenzen
(hier auch Download der Umfrageergebnisse)*



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Info-Plus auch für Lehrkräfte

Newsletter für Eltern

Das MBWWK hat ein neues Informationsangebot auf dem Bildungsserver platziert: den Newsletter für Eltern in Rheinland-Pfalz.

Auf <http://eltern.bildung-rp.de/newsletter.html> wird er so beschrieben: „Kompakt informiert er über aktuelle bildungspolitische Projekte, bedeutende Entwicklungen im Schulbereich und gibt Eltern wichtige Tipps zu ihren Rechten. Der Eltern-Newsletter wird vier Mal im Jahr verschickt und kann auf dieser Seite abonniert werden. Das Abonnement ist kostenlos, beinhaltet keine Verpflichtungen und kann jederzeit widerrufen werden. Alle bisher versandten Newsletter können im Archiv eingesehen werden.“

Zu Beginn der Sommerferien kam die zweite Ausgabe mit folgenden Themen auf den Markt:

- Das Ziel heißt: Gute Unterrichtsversorgung
- Zahlen und Formeln sind kein Hexenwerk – Mathematik und Naturwissenschaften in der frühen Bildung
- Weniger Klassenarbeiten in Klassenstufen 5 bis 10
- Wahlen der Elternvertreterinnen und Elternvertreter in Schulen zum Schuljahresanfang
- „Das schwarze Brett“



Bewertung: Professionell. Informativ mit leichter Tendenz zur Eigenwerbung. Richtet sich ausdrücklich an Eltern, bringt aber eindeutig auch für Lehrkräfte ein Info-Plus.



WE-STAY-Studie

Schulfehlzeiten: Wie lange und wie oft?

Das Problem der Fehlzeiten ist in Schulen allgegenwärtig – ob mit oder ohne Entschuldigung.

Dem entgegen zu wirken hat sich das Projekt WE-STAY zum Ziel gesetzt. Mithilfe von Untersuchungen an momentan 10.000 14- bis 18-jährigen sowie Eltern und Lehrern soll das Problem erfasst und außerdem festgestellt werden, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Die Studie des Universitätsklinikums Heidelberg beschäftigte sich mit der Frage, wie oft und vor allem warum Schülerinnen und Schüler in der Schule fehlen; einbezogen wurden rund 2.700 Jugendliche.



wü/Quelle: www.klinikum.uni-heidelberg.de/We-Stay

Kompletten Artikel online lesen:
www.vdr-rlp.de

Wasser wirkt

Helfen Sie mit, 500.000 Kinder bis 2015 mit sauberem Wasser zu versorgen.

© UNICEF/PhotoDisc/Assaf Zaidi

DZI Spenden-Siegel

spenden • helfen • aktiv sein
www.wasser-wirkt.de

unicef
Gemeinsam für Kinder

► **VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 27. AUGUST 2012**



Leistungsniveau sichern

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) nimmt die Klagen der Kammern und Wirtschaftsverbände über die mangelnde Ausbildungs- und Studierfähigkeit von Schulabgängern ernst. Eine der Hauptursachen dafür sieht er in einer schleichenden Senkung der Anforderungen. So übe z. B. die Agentur für externe Evaluation der Schulen (AQS) Druck auf Schulen aus, indem sie aus einer hohen Wiederholerquote auf schlechte Unterrichtsqualität schließt. Die Notengebung muss sich an klar definierten objektiven Kriterien und nicht in erster Linie am Durchschnitt der Klasse oder am individuellen Lernfortschritt orientieren.

„Mit Notendumping ist den Schülern nicht gedient. Vielmehr gilt es, den fachlichen Anspruch aufrecht zu erhalten, damit die Schülerinnen und Schüler mit ihrem Schulabschluss auf

dem Arbeitsmarkt bestehen können“, so der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst. Steigende Abbrecherquoten bei Auszubildenden und Studierenden sind ein Alarmsignal.

Mangelnde Disziplin einzelner Schülerinnen und Schüler im Unterricht bremst auch den Lernfortschritt der Leistungswilligen. Hier müssen zusätzliche Lehrerwochenstunden bereitgestellt werden, um eine individuelle Förderung z. B. durch Team-teaching zu gewährleisten.

Nicht zuletzt wiederholt der Realschullehrerverband seine Forderung, endlich auch in Rheinland-Pfalz als letztem Bundesland eine Abschlussprüfung für den Berufsreife- und Realschulbildungsgang einzuführen, um so eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse zu gewährleisten.

Rheinland-Pfalz belegt Platz elf

Rheinland-Pfalz belegt Rang elf im Vergleich der Bildungssysteme der deutschen Bundesländer. Das geht aus dem Bildungsmonitor 2012 hervor.

Die Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) bewertet anhand von 13 Handlungsfeldern und 110 Indikatoren, inwieweit ein Bundesland die Infrastruktur verbessert, Teilhabechancen sichert und Wachstumskräfte stärkt.

RLP schlechter als 2011

Rheinland-Pfalz schneidet in den meisten der 13 Handlungsfelder nah am Bundesdurchschnitt ab. Eine Stärke besteht in der Schulqualität (vierter Platz; allerdings Ergebnisse aus den Studien von 2006 und 2009).

Als einziges der 16 Länder weist Rheinland-Pfalz eine Verschlechterung des Punktwerts gegenüber 2011 aus. Der größte Verbesserungsbedarf im Vergleich zu den anderen Ländern ist in der Forschungsorientierung festzustellen.

Zweifel an Aussagekraft

Die Aussagekraft des Bildungsmonitors wird jedoch vielfach angezweifelt. So äußert sich auch der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm in einer Pressemitteilung. Eine höhere Zahl von Abschlüssen sage noch nichts über die damit verbundenen Ansprüche aus. „Bildungsqualität zeigt sich letztendlich und nachhaltig in der Fähigkeit der Heranwachsenden







Presseerklärung des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) vom 16. August 2012

Böhm: „Bildungsmonitor 2012 misst vorrangig Quote statt Qualität ...“

VDR-Bundesvorsitzender vermisst im INSM-Bildungsmonitor klare Aussagen auf Grundlage belastbarer Daten zu Unterrichts- und Lernerfolg

Kritisch äußerte sich der Vorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR) zu den veröffentlichten Ergebnissen des „Bildungsmonitors 2012“ der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)“. Mit den diesjährigen Ergebnissen werden insbesondere den drei Stadtstaaten deutliche Fortschritte in bildungsökonomischer Hinsicht bescheinigt. Berlin habe den letzten Platz verlassen, Bremen sei unter den ersten fünf Bundesländern gelandet. Die Siegerländer Sachsen und Thüringen hielten eine ausgezeichnete Förderstruktur vor und böten sehr gute Bedingungen für die individuelle Förderung.

Böhm knüpfte an die Kritik an, die von einer Reihe von Lehrerverbänden schon immer an Anlage und Zielrichtung des „Bildungsmonitors“ geübt worden war. Sie gelte auch für das Jahr 2012. Der VDR-Vorsitzende wörtlich: „Die Untersuchung stützt sich auf rein empirische Zahlenwerte, die für sich genommen zumeist keine Rückschlüsse auf Qualität und Nachhaltigkeit einzelner Faktoren zulassen“. Eine höhere Zahl von Abschlüssen sage noch nichts über die damit verbundenen Ansprüche aus. Es komme, so Böhm, hinzu, dass sich die Studie in Einzelfragen auch der Gefahr von Befangenheit aussetze. Beispielsweise die Bewertung der Betreuungsstrukturen für Kinder ab dem ersten Lebensjahr müsse mehr den Aspekt der Bedarfsorientierung und der föderalen bzw. historisch gewachsenen Besonderheiten in den jeweiligen Bundesländern berücksichtigen.

Positiv sei zu beobachten, dass Bundesländer, die seit Jahrzehnten auf klar differenzierte und leistungsorientierte Systeme setzten und auf qualitätsmindernde Schulstrukturereformen verzichteten, wie Sachsen, Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg, in der Bildungsqualität klar an der Spitze lägen. Gerade in diesen Bundesländern wird der Realschulbildung und der hohen Qualität des Realschulabschlusses ein hoher Stellenwert eingeräumt. Jeglichen Tendenzen zu Einheits- oder Gemeinschaftsschulstrukturen, wie derzeit in Baden-Württemberg angestrebt, erteilte der Bundesvorsitzende eine klare Absage.

„Bildungsqualität zeigt sich letztendlich und nachhaltig in der Fähigkeit der Heranwachsenden und Jugendlichen, mit den jeweiligen Schulabschlüssen beste qualitative Startvoraussetzungen zu erhalten und sich im späteren Berufsleben entsprechend zu platzieren.“

Böhm forderte die Initiative auf, ihr Monitoring durch Daten zur Unterrichtsqualität und zum Lernerfolg, wie man sie beispielsweise im Berliner Institut für die Qualität im Bildungswesen (IQB) erhebe, zu erweitern und damit den Bildungsmonitor in seiner Aussagekraft und Akzeptanz zu steigern.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der ca. 20.000 Mitglieder zählenden Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit. Der VDR ist Diskussionsplattform, Sprachrohr und Dienstleister für seine Landesverbände und ihre Mitglieder.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Dachauer Str. 44 a, 80335 München,
Tel. 089 / 55 38 76, Fax 089 / 55 38 19, info@vdr-bund.de

und Jugendlichen, mit den jeweiligen Schulabschlüssen entsprechend zu platzieren.“ Einzelheiten unter: www.insm-bildungsmonitor.de/



Das Thema Inklusion eignet sich nicht für Zuspitzungen. Dennoch gibt es eine zum Teil emotional geführte öffentliche Diskussion darüber. Die Opposition warf der Regierung noch Ende August vor, die Schulen nicht ausreichend mit Lehrern für die Bedürfnisse von lernbeeinträchtigten Kindern zu versorgen.

Der VDR zeigt sich konsequent sach- und problemorientiert. Er weist darauf hin, dass sich Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen häufig allein gelassen und überfordert fühlen. Forderungen an die Landesregierung sind unter anderem, unverzüglich dafür zu sorgen, dass die Ausbildung von Förderschullehrkräften bedarfsgerecht erfolgt, dass in der Lehrerbildung aller Lehrämter ein Pflichtmodul zu integrativer und inklusiver Pädagogik aufgenommen wird, dass Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für den Einsatz im integrativen/inkluisiven Un-

terricht angeboten werden. Inklusion ist nicht zum Nulltarif erhältlich!

Wir drucken vor diesem Hintergrund einen Beitrag Heike Schmolls aus der FAZ vom 17.8.12 ab. Heike Schmoll beschreibt den Trend bundesdeutscher Entwicklungen. Sie lässt sich nicht auf Geplänkel ein, nennt Schwachstellen und beschreibt die Anforderungen an eine kindgerechte Förderung. Und sie hat die Verantwortung der Länder für ihre Lehrkräfte im Blick.

Wü



Freiräume für individuelle Entscheidungen erhalten

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. August 2012

Inklusion mit Augenmaß

Die richtige Förderung behinderter Kinder ist nicht eine Frage des jeweiligen Systems.

Wenn erst behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, dann werden davon alle profitieren, Benachteiligungen sich von selbst erledigen oder zumindest relativieren und alle Kinder sich zu ihrem Vorteil entwickeln. So lässt sich die übersteigerte Erwartung an die sogenannte Inklusion zusammenfassen.

Nicht nur in Hamburg ist die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern an die Stelle der Utopie von der Einheitsschule getreten. Inklusion scheint für viele das Zauberwort zu sein, das eine neue pädagogische Epoche einläuten soll. Völlig unklar ist indessen, wie der gemeinsame Unterricht in Schulen eigentlich verwirklicht werden soll. Weder sind die meisten Gebäude barrierefrei, noch verfügen die Schulen über Lehrer, die für die neue Aufgabe auch nur annähernd ausgebildet wären. Wer die Inklusion als quasitotalitären Anspruch an Schulen zu kritisieren wagt, setzt sich dem Verdacht aus, der Selektion anzuhängen und sich den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zu widersetzen.

Doch davon kann keine Rede sein. In der UN-Konvention, der mehr als 150 Staaten einschließlich der Bundesrepublik zugestimmt haben, geht es ganz elementar darum, Menschen mit Behinderungen Zugang zum staatlichen Bildungssystem zu geben. Den haben sie in Deutschland längst, und zwar je nach Grad der Behinderung an allgemeinbildenden Schulen oder Förderschulen, die in der Konvention ausdrücklich nicht als Form von Diskriminierung gebrandmarkt werden, sondern

als behindertengerechte Förderung. Würde dies erst einmal zur Kenntnis genommen, könnte die emotionalisierte Debatte über die Inklusion erheblich sachlicher geführt werden.

Stattdessen aber schüren viele verantwortliche Ministerien Ängste auch und vor allem unter den Eltern behinderter Kinder, die mit Förderschulen gute Erfahrungen gemacht haben. Nirgendwo in der UN-Konvention steht geschrieben, dass es nur Inklusion total oder Förderschulen geben kann. Es wird weiterhin beides geben müssen. Länder, die wie Baden-Württemberg glauben, die Förderschulen zugunsten einer Inklusion aller Kinder in Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien aufgeben zu können und die Förderschullehrer von Schule zu Schule fahren zu lassen, werden spätestens im Alltag eines Besseren belehrt werden. Ansonsten werden die Sozialgerichte sie dazu zwingen, worauf erste Urteile schließen lassen.

Hamburg hat die Gutachten für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, wie das im Amtsdeutsch heißt, kurzerhand abgeschafft. An die Stelle der Einzelgutachten soll künftig eine systemische Förderung mit entsprechenden Pauschalen an

jeder Regelschule werden. Das soll also individuelle Förderung sein? Hofft der Senator auf diese Weise, die Anzahl der als behindert angesehenen Kinder zu reduzieren?

Ein Schulversuch in Hamburg, der schon einige Zeit zurückliegt, endete mit dem Ergebnis, dass sich durch Inklusion weder die Quote förderschulbedürftiger Kinder änderte noch die Zahl der Empfehlungen für das Gymnasium stieg. Vor allem aber wiesen die Kinder mit schlechten Lernvoraussetzungen nach vier Jahren immer noch genauso schlechte oder noch schlechtere auf. Das bedeutet, dass die Förderung behinderter Schüler nicht eine Frage des jeweiligen Systems ist. Entscheidend ist das Zusammenspiel von Lernort, Bezugsperson und Qualität des Unterrichts. Das hätte man schon seit „Pisa“ wissen können, wenn es nicht längst üblich wäre, empirische Studien nur insoweit wahrzunehmen, als sie die eigene Meinung bestätigen.

Es wird einzelne Behinderte geben, die von einer gemeinsamen Beschulung profitieren, vorausgesetzt, sie treffen auf sonderpädagogisch geschulte Lehrer und integrationswillige Klassen. Doch was soll aus Schülern mit dissozialer Gewaltbereitschaft oder mit mehrfachen Verhaltens- und Lernstörungen in einer Regelklasse werden, in der es ohnehin schon viele verhaltensauffällige Kinder gibt?

Mit solchen Klassen sind auch begabte Lehrer überfordert, weil sie in ihrer Ausbildung darauf nicht vorbereitet wurden. Sie sollen alle gesellschaftlichen Probleme auf einmal lösen: von den Eltern versäumte Erziehung nachholen, Einwandererkinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen fördern und inklusiven Unterricht in einer heterogenen Klasse leisten. Das wird nicht gelingen, solange sich nicht die Lehrerausbildung ändert. Mit unzureichend fortgebildeten Lehrern kann Inklusion nur scheitern.

Die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Schülern führt zwangsläufig zur Schichtung von Schülern, ganz gleich in welchem System. Schule erzeugt immer Differenz. Das zur Kenntnis zu nehmen könnte manche Erwartung von Anfang an dämpfen. Doch davon ist die deutsche Debatte weit entfernt.

Niemand wird sich einer stärkeren Integration von Kindern mit Behinderung verschließen. Ein Zwang zur Gemeinsamkeit aller hilft aber weder den behinderten noch den nichtbehinderten Kindern. Die Gemeinsamkeit darf niemandem aufgezwungen werden. Es gilt, Freiräume für individuelle Entscheidungen zu erhalten - für die Eltern und vor allem ihre behinderten Kinder.

*Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main
Quelle: FAZ vom 17. August 2012, Heike Schmall*

Anzeige

Schutz und Sicherheit für Ihre Arbeitskraft: NÜRNBERGER Dienstunfähigkeits-Versicherung

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER



Beamten Versicherungen

Partner für den Öffentlichen Dienst

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-4871, Fax -3457, MBoeD@nuernberger.de



► IM GESPRÄCH

CDU-Landtagsfraktion

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Klemm-Gutachtens traf sich der VDR Anfang Juni mit der CDU-Fraktion zu einem gemeinsamen Gespräch im Abgeordnetenhaus. Landesvorsitzender Bernd Karst wurde von Wilfried Rausch, Timo Lichtenthäler und Michael Eich begleitet. Von Seiten der CDU nahmen Bettina Dickes (Mdl), Marion Schneid (Mdl), Brigitte Hayn (Mdl) und Gereon Geissler an dem Gespräch teil.



Foto: VDR

Neben einem Austausch über die Unterrichtsversorgung und den Unterrichtsausfall erörterte man intensiv die Schwierigkeiten der Realschulen plus bei der Klassenbildung nach der Jahrgangsstufe 6, wenn die Klassenmesszahl von 25 Schülerinnen und

Schüler wieder auf 30 Schülerinnen und Schüler steigt. Der VDR befürchtet, dass die Intensität der notwendigen Fördermaßnahmen für leistungsschwache und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler verloren geht und fordert auch ab der Klassenstufe

7 eine Klassenmesszahl von 25 im Mittlere-Reife-Zweig, im Berufsreifezweig gar von 20. Insgesamt muss die Realschule plus auf Augenhöhe mit den anderen Schularten liegen, um auch in der Öffentlichkeit die funktionale Wichtigkeit dieser Schulart

zu unterstreichen. Die zunehmende Gymnasialisierung ist der Weg zur Einheitsschule! Der VDR steht für Reale Bildung!



Timo Lichtenthäler
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de

CDU-Landtagsfraktion: Qualitätsoffensive Bildung

Mit einem Antrag an den Landtag „Qualitätsoffensive Bildung“¹ mahnt die CDU-Fraktion, die innere Ausgestaltung und Qualitätsverbesserung von Bildung nicht zu vernachlässigen.

Bisher habe sich der Blick in erster Linie auf Strukturen beschränkt. Strukturveränderungen alleine böten jedoch keine Gewähr für gelingende Bildungskarrieren der einzel-

nen Schülerinnen und Schüler. In ihrem Papier greift die Fraktion auch Forderungen des VDR auf, z. B.

- Unterrichtsversorgung der Schulen mit 100 + x %
- Reduzierung der Klassenmesszahl auf 20 in den Berufsreifeklassen der Realschulen plus
- Orientierung der Lehrerwochenstundenzuweisung an den tatsächlich gebildeten

Klassen in den Realschulen plus

- Fachlich und pädagogisch umfänglich ausgebildete und qualifizierte Lehrerschaft
- Intensivierung der Sprachförderung in Kindertagesstätte und Grundschule
- Aufbau eines multiprofessionalen Netzwerkes an Schulsozialarbeitern, Psychologen und Therapeuten an den Schulen

- Flächendeckendes Netz an Förderschulen und bedarfsgerechtes förderpädagogisches Personal und Instrumentarium an den allgemeinbildenden Schulen.

¹ Landtagsdrucksache 16/1467 vom 31. Juli 2012
www.landtag.rlp.de/Dokumente/Drucksachen-nach-Nummern/



Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de

► IM GESPRÄCH

Staatssekretär Beckmann

Mitglieder des VDR Landesvorstands (Bernd Karst, Erwin Schneider, Wilfried Rausch, Wolfgang Wünschel) trafen sich zu einem ersten Gespräch mit Hans Beckmann (Mitte), dem seit kurzem im Ministerium für den Schulbereich zuständigen Staatssekretär.



Bernd Karst (li): Schulreform ist noch nicht bewältigt!

Foto: VDR

Neben Fragen zur Situation der Schwerpunktschulen, den Kriterien zur Verteilung der Poolstunden, zur personellen Ausstattung der Fachoberschulen, der RLA-Ausbildung, der Klassenbildung und der Lehrkräftearbeitszeit standen die Themen Unterrichtsversorgung und Auswirkungen der Strukturreform im Mittelpunkt.

bewältigt ist. Er forderte nicht nachlassende Unterstützung der Schulen und der übermäßig belasteten Lehrkräfte beim schwierigen Prozess der Zusammenführung unterschiedlicher Bildungsgänge. Staatssekretär Beckmann betonte, dass er hinsichtlich der Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr zuversichtlich sei. Die neue Schularart Realschule plus sehe er als wichtigen Eckpfeiler des Schulsystems. Für ihre erfolgreiche Entwicklung wolle er sich weiterhin einsetzen.

Eckpfeiler des Schulsystems

Vorsitzender Bernd Karst stellte heraus, dass die Schulreform zwar weitgehend organisatorisch abgeschlossen, aber längst nicht im Innern

Wü

Treffen mit dem Philologenverband



Informationsaustausch VDR und Philologenverband

Foto: phV

VDR und Philologenverband Rheinland-Pfalz trafen sich unmittelbar vor Beginn des neuen Schuljahres zu einem Informationsaustausch.

Das Treffen unter Leitung der Landesvorsitzenden Mal-

te Blümke (3.v. rechts) und Bernd Karst (rechts) fand auf der Ebene der geschäftsführenden Landesvorstände statt.

Erweitert wurde die Gruppe um Expertenteams zum Personalvertretungsrecht. Im

Mittelpunkt standen folgende Themen: Unzureichende Unterrichtsversorgung und Arbeitsbedingungen im neuen Schuljahr, die unzulänglichen Beschäftigungsperspektiven neu ausgebildeter Lehrkräfte, die Bewertung des vor der parlamentarischen Be-

ratung stehenden Landesgesetzentwurfs zur Reform des finanziellen öffentlichen Dienstrechts sowie Abstimmungen in Fragen der Stufenvertretungen und bei der Fortbildung von schulischen Personalräten. Die Gespräche werden zeitnah fortgesetzt.

Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“

80 Prozent haben Berufsreife erreicht



Das besondere zehnte Schuljahr „Keine(r) ohne Abschluss“ soll den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern bessere Perspektiven in Bezug auf ihren weiteren beruflichen Lebensweg eröffnen. Die damit verbundenen Erwartungen seien auch im vergangenen Schuljahr voll erfüllt worden, hieß es von Seiten des Bildungsministeriums.

Durch ein verpflichtendes Ganztagsangebot mit speziellem Förderunterricht und eine enge Verbindung der Praxisanteile in Betrieben sollen Jugendliche, welche ansonsten ohne Abschluss die allgemeinbildende Schule verlassen hätten, zum Schulabschluss und zur Ausbildungsreife geführt werden. Das Projekt wird vom Land Rheinland-Pfalz, der Bundesagentur für Arbeit und dem Europäischen Sozialfonds finanziert.

126 Jugendliche nahmen im letzten Schuljahr an dem „KoA“-Projekt teil, davon haben 101 Schülerinnen und Schüler den Abschluss der Berufsreife erreicht, was einem Anteil von 80 Prozent entspricht. 84 Prozent der Absolventen schließen direkt eine Ausbildung an. Andere planen ein Jahrespraktikum in der Altenpflege oder ein „Freiwilliges Soziales Jahr“. Die dritte

Gruppe von Schülerinnen und Schülern zeichnete sich durch besondere Leistungen aus und wird die Schule mit dem Ziel der Mittleren Reife weiter besuchen. Im letzten Schuljahr nahmen die Realschulen plus in Ransbach-Baumbach, Ramstein-Miesenbach, Lauterecken-Wolfstein, Bad Sobernheim, Bad Bergzabern, Sohren-Büchenbeuren, Trier-Ehrang und Birkenfeld teil. Im Schuljahr 2012/13 kommen noch die Realschule plus in Pirmasens und die Lina-Pfaff-Realschule plus in Kaiserslautern hinzu.

Biografieforschung: Ergebnisse im Herbst

Eine interessante Erweiterung stellt die Biografieforschung dar, deren Ergebnisse Ende November diesen Jahres anlässlich einer Fachtagung vorgestellt werden. Im Rahmen dieses Projekts hat ein Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Trier den nachschulischen Werdegang der Teilnehmer drei Jahre lang verfolgt.

Darauf darf man gespannt sein.

wü/Quellen: Newsletter

Staatskanzlei v. 20.07.2012 und www.rlp.de/no_cache/anzelansicht/archiv/2012/july/article/projekt-keiner-ohne-abschluss-weiter-erfolgreich/

Stellungnahme

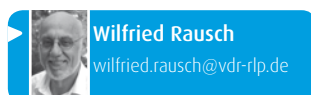
Neue Verwaltungsvorschriften zur „Zahl der benoteten Klassenarbeiten“ und zur „Beurteilung der Rechtschreib- und Zeichensetzungsleistungen“

Beide Verwaltungsvorschriften werden im Vorgriff ab dem 1. August 2012 zur Anwendung gebracht.

Das Bildungsministerium hat den Verbänden vor den Sommerferien die Entwürfe zur Anhörung vorgelegt. In den Sommerferien informierte das Ministerium die Schulen, dass das Anhörungsverfahren zwar abgeschlossen sei aber eine Endfassung zum Schuljahresbeginn noch nicht vorgelegt werden könne.

Gleichzeitig leitete das Bildungsministerium den Schulen die Entwürfe der Neuregelungen mit dem Hinweis

zur Kenntnisnahme zu, dass lediglich redaktionelle Änderungen zu erwarten seien. Mit dem offiziellen Inkrafttreten, so das Bildungsministerium, könne im Laufe des Herbstes mit der Veröffentlichung im Amtsblatt zu rechnen sein.



Fundsache

Mehr Geld für Grundschulleitungen

„Zum 1. Juli wird die Besoldung für die Mitglieder von Schulleitungen in Grundschulen angehoben.“ Bildungsministerin Doris Ahnen verband mit dieser Ankündigung den Hinweis, dies sei ein klarer Beweis für die hohe Wertschätzung des Bildungssektors.

Mit den im Doppelhaushalt 2012/2013 dafür vorgesehenen sechs Millionen Euro könnten rund 1.450 Stellen angehoben werden. Die Anhebung der Besoldung von Grundschulrektorinnen und -rektoren um eine halbe Gehaltsstufe komme vor allem den Schulleitungen in kleinen Grundschulen zugute, für die es bislang kein Beförderungssamt gab. „Rektorinnen und Direktoren von Grundschulen in Rheinland-Pfalz werden vom kommenden Monat an mindestens nach der Besoldungsgruppe A13 bezahlt“, unterstrich Doris Ahnen.



Quelle: PM MBWWK 2.6.12

Sexuelle Handlungen zwischen Lehrern und Schülern

Grundsätzliche Ausführungen des OVG RLP

Sexuelle Handlungen zwischen Lehrern und minderjährigen Schülern führen grundsätzlich zur Entfernung des Beamten aus dem Dienst. Aber auch unabhängig vom Alter der Schüler stellen sexuelle Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern ein Dienstvergehen dar. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz (Urteil vom 24. Februar 2012, Aktenzeichen: 3 A 11426/11. OVG)

Wegen eines sexuellen Missbrauchs hatte das Verwaltungsgericht einen Lehrer an einer Förderschule aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung und nahm sie zum Anlass für grundsätzliche Ausführungen:

Obhuts- und Näheverhältnis verpflichten zu uneingeschränkt korrektem Verhalten

Die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Schüler, die Pflicht zur Gewährleistung ihrer behutsamen persönlichen Entwicklung sowie Anspruch und Vertrauen der Eltern darauf, dass Lehrer das aufgrund der allgemeinen Schulpflicht bestehende Obhuts- und Näheverhältnis zu den Schülern nicht zur Verfolgung eigener Bedürfnisse ausnutzen, verpflichte den Lehrer dazu, sich

in sexueller Hinsicht uneingeschränkt korrekt zu verhalten. Diese Verpflichtung bestehe nicht nur gegenüber minderjährigen, sondern wegen des erforderlichen Vertrauens in die Unvoreingenommenheit der Lehrer auch volljährigen Schülern gegenüber. Deshalb verstoße ein Lehrer im Kernbereich gegen seine dienstlichen Pflichten, wenn er sexuelle Handlungen zwischen ihm und Schülern zulasse. Dies gelte unabhängig von einem konkreten Abhängigkeits- oder Obhutsverhältnis zwischen Lehrer und Schüler und auch dann, wenn die Handlung mit dem (vermeintlichen) Einverständnis des Schülers erfolge.

Disziplinarmaßnahme hängt nicht davon ab, ob Straftatbestand erfüllt ist

Die im Disziplinarverfahren

auszusprechende Sanktion bemesse sich maßgeblich nach Art und Ausmaß der Pflichtverletzung sowie des Vertrauensverlustes des Dienstherrn und der Allgemeinheit. Welche Disziplinarmaßnahme angemessen sei, hänge deshalb nicht davon ab, ob das Verhalten des Beamten einen Straftatbestand erfülle und welcher Strafrahmen hierfür gelte. Da sexuelle Übergriffe auf Minderjährige in höchstem Maße schädliche Auswirkungen auf die seelische und soziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen hätten sowie das Vertrauen der Eltern in ein partnerschaftliches Zusammenwirken mit der Schule bei der Erfüllung des staatlichen Erziehungsauftrages zerstöre, seien solche Handlungen grundsätzlich mit der disziplinarischen Höchstmaßnahme

zu ahnden. Deshalb habe der Beklagte aus dem Beamtenverhältnis entfernt werden müssen.

Wegen der unterschiedlichen Zwecke von Straf- und Disziplinarrecht komme es auf das Maß der strafrechtlichen Verurteilung für die Bemessung der Disziplinarmaßnahme nicht an.

Wü/Quelle: Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Pressemitteilung Nr. 9/2012

Die Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz lesen Sie in unserer Onlineausgabe.



Anhörungsrunde für Schulgesetz-Klarstellung

Schulisches Personal trägt eine besondere Verantwortung für Schülerinnen und Schüler

Durch eine ausdrückliche Klarstellung im Schulgesetz will die Landesregierung dafür sorgen, dass das Verbot sexueller Kontakte von Lehrkräften zu Schülerinnen und Schülern fest im Bewusstsein aller an Schule Beteiligten verankert wird.

Auslöser für die Gesetzesänderung war der bundesweit kritisierte Freispruch eines Lehrers aus Rheinland-Pfalz, der sexuelle Beziehungen zu einer minderjährigen Schülerin hatte. Höchst-richterlich wurde der Tatbestand des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen in diesem Fall verneint. Das strafrechtlich geforderte Obhutsverhältnis sei nicht gegeben, weil der Lehrer weder der Klassenlehrer noch ein Fachlehrer der Schülerin gewesen sei.

Über mögliche Veränderungen des Strafrechts für einen besseren Schutz von Schülerinnen und Schülern vor sexuellem Missbrauch berät zurzeit eine Arbeitsgruppe der Justizministerkonferenz.

Dienstrechtlich sind sexuelle Beziehungen zwischen dem Lehrpersonal und Schülerinnen oder Schülern ohnehin sanktioniert und führen – insbesondere bei Kontakten mit Minderjährigen – in der Regel zur Entfernung aus dem Dienst.

VDR-Bewertung der „Klarstellung“: Formaler Rahmen für eine Selbstverständlichkeit!

Wü/Quelle: NL Staatskanzlei vom 14.8.12

► VDR-Experte für Besoldungs- und Versorgungsrecht informiert

Beihilfeverordnung: Änderung hinsichtlich todesfallbedingter Aufwendungen

Änderungen der Beihilfeverordnung (BVO) zum 1. August 2011 sowie zum 1. Januar 2012

In diesem Beitrag wird der Beihilfeanspruch von Angehörigen im Todesfall der beihilfeberechtigten Person erläutert. Weitere Hinweise hierzu finden Sie auf unserer Homepage. Die Änderung der BVO schränkt die Anerkennung todesfallbedingter Aufwendungen erheblich ein. Als Verbesserung der bisherigen Rechtslage allerdings kann angeführt werden, dass nun der Beihilfeanspruch auf Erbberechtigte übertragen werden kann.

§ 5 Beihilfen nach dem Tod der beihilfeberechtigten Person

Stirbt die beihilfeberechtigten Person, erhält die Beihilfen zu den bis zum Tod und den aus Anlass des Todes entstandenen Aufwendungen die Erbin, der Erbe oder die Erbengemeinschaft.

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 6. April 2010 – 2C 77.08 hat das Gericht seine bisherige ständige Rechtsprechung, dass der Beihilfeanspruch nicht vererbbar ist, aufgegeben. Die Neuregelung in § 5 der BVO trägt dem Rechnung.

Aufwendungen, die aus Anlass eines Todes nach dem 31.12.2011 entstehen, sind nur noch in folgendem Umfang beihilfefähig:

1. Verstirbt eine beihilfeberechtigte Person während einer Dienstreise, einer Abordnung oder vor einem dienstlich bedingten Umzug außerhalb des Ortes der Hauptwohnung, sind die Kosten der Überführung vom Sterbeort an den Ort der Beisetzung bis zur Höhe der Überführung an den Ort der Hauptwohnung beihilfefähig.
2. Die bisherige Regelung zur Beihilfefähigkeit der Aufwendungen zur Beschäftigung einer Haushaltshilfe beim Tod der den Haushalt allein führenden Person gilt weiter.

Todesfallbedingte Aufwendungen sind im Übrigen nach jetzt geltendem Beihilferecht nicht mehr beihilfefähig; insoweit unterbleibt auch eine Verrechnung mit dem Sterbegeld.

Für die krankheitsbedingten Aufwendungen eines verstorbenen Beihilfeberechtigten, soweit sie bis zum Tod nicht abgerechnet waren, haben die Erben einen Beihilfeanspruch (§ 5 BVO).



Martin Radigk

radigk.martin@vdr-rlp.de

Schulische Nutzung eines Kinderspielplatzes

Lärm für Nachbarn zumutbar

Kinderlärm steht unter einem besonderen Toleranzgebot der Gesellschaft: Geräusche spielender Kinder sind Ausdruck der kindlichen Entwicklung und Entfaltung und daher grundsätzlich zumutbar. Das danach für Lärm von Kindern bestehende absolute Toleranzgebot gilt jedoch nur im Regelfall.

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hatte den Fall einer atypischen Nutzung eines Kinderspielplatzes zu entscheiden: Nicht nur die Kinder des Wohngebietes, sondern auch Ganztagschulkinder einer benachbarten Schule nutzen den Kinderspielplatz

werktätlich von 13.00 bis 16.00 Uhr.

Kinderlärm steht unter einem Toleranzgebot der Gesellschaft

Eine Klägerin, die in einem benachbarten Wohngebiet wohnt, wandte sich gegen den Lärm. Das Verwaltungsgericht gab der Ortsgemeinde auf, durch geeignete Maßnahmen die Einhaltung des Immissionsrichtwerts von 55 dB(A) für ein allgemeines Wohngebiet sicherzustellen. Das Oberverwaltungsgericht gab der Berufung der Ortsgemeinde statt und wies die Klage ab. Der Kinderlärm sei von den Nachbarn hinzunehmen. Er stehe unter einem all-



Ausdruck kindlicher Entfaltung: laut spielende Kinder

gemeinen Toleranzgebot der Gesellschaft. Auf die besonderen Aspekte des Einzelfalls sei hingewiesen. Sie finden sich im OVG-Urteil vom 16.

Mai 2012, Aktenzeichen: 8 A 10042/12.OVG.

Wü/Quelle: Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz – Pressemitteilung Nr. 17/2012

Allensbach-Befragung 2012

Lehrerberuf: hohes Ansehen, geringe Anziehungskraft

Der Lehrerberuf gehört zu den angesehensten Berufen. Dennoch gibt es in Deutschland immer wieder Klagen über Lehrermangel, weil zu wenige qualifizierte Schulabgänger den Lehrerberuf ergreifen wollen. Was hält Personen, die für den Lehrerberuf geeignet wären, also davon ab, tatsächlich Lehrer zu werden?

Diese Frage steht im Mittelpunkt einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die für die Eberhard von Kuenheim Stiftung

durchgeführt wurde. Die Broschüre zur Befragung mit dem Titel „Geeignet für den Lehrerberuf? Repräsentativbefragung der Bevölkerung zum Lehrerberuf im Vergleich zur eigenen Beschäftigung. Zwei Lösungsmodelle für neue Wege in der Lehrerbildung“ findet sich auf www.kuenheim-stiftung.de/fileadmin/media/pdf/presse/echo/Lehrwerkstatt/Geeignet_fuer_den_Lehrerberuf.pdf

Auszug (S.10): **Großer Respekt vor den Herausforderungen des Lehrerberufs**

Der Lehrerberuf gehört seit Jahren zu den angesehensten Berufen in Deutschland. Aktuell zählen 38 Prozent der Bevölkerung den Lehrerberuf zu den Berufen, die sie am meisten schätzen. Lehrer genießen in der Bevölkerung zum Teil erheblich mehr Ansehen als Pfarrer, Hochschulprofessoren, Ingenieure oder Rechtsanwälte. Lediglich Ärzte und Krankenschwestern haben regelmäßig eine höhere Reputation als die Lehrer.

Das hohe Ansehen, das der Lehrerberuf in der Bevölkerung genießt, gründet sich in erster Linie auf dem Respekt vor einer ebenso psychisch belastenden wie anstrengenden Tätigkeit. Daneben verbindet die Bevölkerung mit dem Beruf des Lehrers jedoch auch viel Positives: 78 Prozent heben die Sicherheit des Arbeitsplatzes hervor, 75 Prozent den steten Kontakt zu anderen Menschen, 71 Prozent die langen Ferienzeiten und 68 Prozent die gute Absicherung für das Alter. Für 59 Prozent der Deutschen lässt sich der Lehrerberuf gut

mit Familien- und Privatleben vereinbaren, jeder Zweite betont die geregelten Arbeitszeiten. Auf der anderen Seite attestieren 72 Prozent, dass Lehrer hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind, 66 Prozent, dass sie einen anstrengenden Beruf ausüben, und ebenso viele sehen Lehrer oft in der Kritik stehen. Wie ambivalent das Image des Lehrerberufs ist, zeigt der Befund, dass 61 Prozent finden, Lehrer würden oft über ihre beruflichen Belastungen klagen. Die Frage, warum der Beruf des Lehrers vielen nur wenig attraktiv erscheint,

wird teilweise beantwortet, wenn man auf das Ende des Rankings schaut, also auf jene Attribute, die am wenigsten mit dem Lehrerberuf in Verbindung gebracht werden. So bringen ganze 8 Prozent den Lehrerberuf mit wenig Stress in Verbindung, 16 Prozent mit guten Aufstiegsmöglichkeiten, nur 19 Prozent glauben, dass der Lehrerberuf Spaß macht, und lediglich jeder Vierte sieht darin eine erfüllende oder bereichernde Tätigkeit.



Wolfgang Wünschel
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de

Buchtipp

Handbuch Lehrergesundheit. Impulse für die Entwicklung guter gesunder Schulen

Dieses Handbuch soll Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulleitungen helfen, in ihren Schulen Veränderungsprozesse anzustoßen und erfolgreich zu gestalten, die zu einer nachhaltigen Förderung der Gesundheit und Leistungskraft der Lehrkräfte und einer Verbesserung der Qualität der Schule insgesamt führen.

Das angestrebte Idealbild ist das einer guten gesunden Schule, in der die Lehrkräfte gemeinsam an der Verwirklichung der Ziele ihrer Schule

arbeiten und sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wechselseitig unterstützen und anspornen. Neben aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen finden sich hierfür im „Handbuch Lehrergesundheit“ erprobte Konzepte zur Förderung der Lehrergesundheit und der Schulqualität.

Herausgeber des Buches (2. Auflage 2012) sind die DAK und die Unfallkasse NRW, gestaltet von einem Autorenteam um Birgit Nieskens (u. a. auch Helmut Heyse). Es wird zum Selbstkostenpreis (7,95 Euro) abgegeben.

Bestellungen u. a. über die Homepage www.handbuch-lehrergesundheit.de. Dort gibt es auch eine kostenfreie Online-Version mit Übungen, Checklisten und ergänzenden Materialien sowie einen Flyer unter dem Motto: „Nur eine Schule, die die Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens ihrer Lehrkräfte gelingt, kann auch eine gute Schule sein. Die Qualität von Schulen hängt maßgeblich von dem Engagement und somit von der physischen und psychischen Gesundheit ihrer Lehrkräfte und Schulleitungen ab.“



Martin Radigk
radigk.martin@vdr-rlp.de

► VDR-ERZIEHUNGSOFFENSIVE: Im Gespräch mit Dr. Michael Winterhoff, Teil 1

Tyrannen müssen nicht sein!



Foto: VDR

Der Bonner Kinderpsychiater Dr. Michael Winterhoff ist durch Veröffentlichungen, Vorträge und Interviews einem breiten Publikum bekannt geworden. RBiRP hatte die Gelegenheit, Dr. Winterhoff in seiner Praxis zu besuchen und ein Gespräch mit ihm zu führen. Im ersten Teil des Gespräches geht Dr. Winterhoff auf Defizite in der frühkindlichen Entwicklung ein, die im Jugendalter zu Verhaltensweisen führen, die erfolgreiches Arbeiten in Schule und Unterricht sowie die Aufnahme einer Ausbildung in Frage stellen.

RBiRLP: Dr. Winterhoff, wir freuen uns, dass Sie uns die Gelegenheit zu diesem Gespräch geben. Sie sind vor allem durch Ihre ‚Tyrannen-Bücher‘ bekannt geworden (z. B. ‚Warum unsere Kinder Tyrannen werden‘). Warum gibt es so viele Kinder, die sich zu Tyrannen entwickeln?

Dr. Michael Winterhoff: Vorweg schicken möchte ich, dass ich nicht gesagt habe, dass alle Kinder Tyrannen sind, sondern dass es Kinder gibt, die auf einem Entwicklungsstand bleiben, wodurch sie im Erwachsenenalter zu Tyrannen werden.

„Solche Kinder fangen an, bei harten erzieherischen Maßnahmen auszuflippen.“

Wir sehen häufig Kinder, die fachlich beurteilt, nicht den eigentlich angemessenen Entwicklungsstand ihres Alters besitzen. Wir haben auch immer mehr Schüler, die nicht erkennen, dass sie sich im Unterricht befinden, und dass man sich darin anders verhält, als wenn man z. B. in der Pause ist. Auch haben wir immer mehr Schüler, die nicht in der Lage sind, zu lernen. Nicht weil ihnen die Intelligenz fehlt, sondern weil ihnen die

Bereitschaft fehlt, auch zu lernen und zu üben, wenn es nicht um Lust geht. Normalerweise freuen sich Kinder, wenn sie auch selbst erkennen, dass sie sich weiterentwickeln. Sie freuen sich also, wenn sie in den Kindergarten, die Grundschule oder die weiterführende Schule kommen. Wir haben es jetzt mit Kindern zu tun, die sich diesbezüglich gar nicht weiterentwickeln, die unmotiviert sind und sich nur im Lustbereich interessiert zeigen, die sich aber in der Schule verweigern oder so wirken, als seien sie nicht in der Lage zu lernen. Sie haben keine Frustrationstoleranz, sie haben keine Gewissensinstanz und sie sind nicht in der Lage, in Konflikten Konfliktzusammenhänge zu erkennen. Sie können also auch nicht aus Konflikten lernen, d. h. Lehrkräfte haben eine neue Gruppe von Schülern vor sich, die sie nicht mit früheren Schülergenerationen vergleichen können.

RBiRLP: Sind diese Schwierigkeiten mit einem Erziehungsmangel zu erklären, ist fehlende Erziehung in der Schule nachzuholen?

Dr. Michael Winterhoff: Früher haben Sie als Lehrer durchaus Kinder gehabt, die auffällig waren, diese waren aber die Ausnahme. Diese Schüler mussten ‚nacherzogen‘ werden. Wenn diese

Kinder eng geführt wurden, war das durchaus von Erfolg gekrönt. Heutige Schüler, die Schwierigkeiten bereiten, sind aber gut erzogen und auch gut begabt. Wenn diese Schüler eng geführt werden, machen Lehrer die Erfahrung, dass sich dadurch nichts ändert. Das Thema hierbei ist nicht mangelnde Erziehung, deshalb versagen hier auch verhaltenspädagogische Maßnahmen. Man kann bei diesen Kindern so streng sein, wie man will, es wird sich dadurch nichts ändern. Solche Kinder fangen an, bei harten erzieherischen Maßnahmen auszuflippen.

Die Frage stellt sich, was dahinter steckt. Dahinter steht letztendlich die Frage, wie sich ‚Psyche‘ bildet und auf welcher Stufe diese Kinder stehen geblieben sind. Nur mit diesem Know-how kann man das Problem verstehen und angehen. Es geht hier nicht um die gesamte Psyche, sondern um einen Teilbereich der Psyche, und zwar die Entwicklung der emotionalen Intelligenz.

RBiRLP: Wie kommt es zu diesem Entwicklungsdefizit?

Dr. Michael Winterhoff: Ein Säugling ist seiner Umgebung völlig ausgeliefert. Und nur wenn er erlebt, dass man sich ihm unmittelbar widmet,

ihm Nahrung gibt und seine Bedürfnisse erkennt, und wenn man sich ihm emotional zuwendet, bildet sich das Urvertrauen. Urvertrauen ist entscheidend, um beziehungsfähig zu sein. Kinder aber, die das Urvertrauen nicht bilden können, bleiben das ganze Leben beziehungslos. Diese Kinder können zwar ab dem Alter von drei Jahren Eltern und Erzieher wahrnehmen, aber sie würden sich nicht dazu entschei-

die wir immer hatten. Jetzt kommt eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen auf uns zu, die eine gute emotionale Versorgung als Säugling und Kleinkind hatten, sich also Urvertrauen bilden konnten. Sie sind aber im emotionalen Bereich auf dem Stand von 10 bis 16 Lebensmonaten. Sie können daher – wie kleine Kinder – nicht das Gegenüber erkennen und sich am Gegenüber orientieren oder auf den anderen einstellen.

„... im emotionalen Bereich auf dem Stand von 10 bis 16 Lebensmonaten.“

den, für diese Personen etwas zu tun, sondern sie würden abwägen, ob es für sie Vor- oder Nachteile brächte, irgendetwas für diese Personen zu tun oder aber nicht zu tun. Diese Kinder brauchen in der Schule ein klares Regelwerk, innerhalb dessen Grenzen sie abwägen können, ob sie Anweisungen Folge leisten sollen, oder ob sie den Ärger bei Verweigerung in Kauf nehmen wollen. Solche Kinder lernen nicht für den Lehrer, sondern nur in Abwägung der Vor- und Nachteile. Das ist eine Gruppe von Kindern,

len. Sie steuern permanent den anderen Menschen, somit auch Lehrer.

Ihnen fehlt trotz Erziehung ein Unrechtsbewusstsein, sie können Konfliktzusammenhänge trotz möglicherweise vorhandener bester Intelligenz nicht verstehen und daher nicht aus Konflikten lernen. Sie befinden sich nicht mehr in der natürlichen Expansion, also dem Wunsch, sich weiter zu entwickeln, allenfalls im Lustbereich. Sie können nicht altersgemäß Strukturen und Abläufe wahr-

nehmen. Ihnen fehlt häufig Empathie. Das Erkennen des Gegenübers als Mensch mit der Differenzierung auch der Funktion oder Rolle (z. B. Mutter, Vater, Erziehern) geht erst ab einem emotionalen Stand von 3 Jahren.

RBiRLP: Grenzen aufzeigen ist immer eine Herausforderung für Eltern, Erzieher, natürlich auch für Lehrer. Welche Fehler machen hier Erwachsene und auch Lehrer?

Dr. Michael Winterhoff: Unbewusst besteht die Gefahr, dass Erwachsene eigene Defizite über Kinder versuchen zu kompensieren. Das was uns an Sicherheit und Wertschätzung inzwischen fehlt, soll die Zuneigung der Kinder unbewusst ausgleichen. Und daher gehen viele Erwachsene Konflikten mit ihren Kindern, die z. B. durch das Ziehen von Grenzen zwangsläufig entstehen, aus dem Weg.



Ausblick

Lesen Sie den kompletten ersten Teil des Interviews in unserer Onlineausgabe. In der nächsten Ausgabe von RBiRP veröffentlichen wir den zweiten Teil des Gesprächs mit Dr. Michael Winterhoff. Dann wird es um Interventionsmöglichkeiten und Lösungsansätze gehen, um Entwicklungsdefizite von Schülerinnen und Schülern in Schule und Unterricht wirksam begegnen zu können, damit sie Verantwortung für ihr Leben übernehmen und in Ausbildung und Beruf erfolgreich werden können.

Frau Dr. Gläßer, Leiterin des Projekts ‚Lehrergesundheit‘ der ADD Trier, wird ebenfalls in der nächsten Ausgabe in einem Buchtipp einige der Buchveröffentlichungen Dr. Winterhoffs vorstellen.



Das Interview mit Dr. Michael Winterhoff (2. v. links) führten Timo Lichtenthäler (links), Michael Eich (2. v. rechts) und Martin Radigk (rechts).

Foto: VDR

„Sicher online gehen“

Neue Initiative zum Kinderschutz im Internet

Kinder verbringen immer mehr Zeit im Netz. Dort sind allerdings nicht alle Inhalte für Kinder und Jugendliche geeignet. Sie können verängstigend oder schädlich wirken. Das zu ändern hat sich die von Bund, Ländern und zahlreichen Unternehmen (Cineplex, Constantin Film Verleih, Deutsche Telekom, Facebook, Google Germany und viele mehr), sowie Einrichtungen des Kinder- und Jugendschutzes (u. a. die Kommission für Jugendmedienschutz - KJM) gegründete Initiative „sicher online gehen – Kinderschutz im Internet“ zum Ziel gesetzt. Kinder sollen die Möglichkeiten des Internets gefahrlos entdecken und nutzen können.

Die Initiative will vor allem Eltern über Schutzprogramme informieren und damit technische Unterstützung leisten. Dies ist einer der Aufgabebereiche, denen sich auch die Partner verschrieben haben. Darüber hinaus will man sich dem Aufbau eines vielfältigen, kindgerechten Netzes und der Weiterentwicklung und Verbreitung von Jugendschutzprogrammen widmen. Eine gemeinsame Steuerungsrunde verfolgt die Fortschritte der Projekte.

Seminarangebote für Lehrkräfte

Die „richtige Medienerziehung in der Schule“ sei ebenfalls eine Voraussetzung für optimalen Schutz der Kinder, sagte Ministerpräsident Beck. Deshalb sollen künftig für Lehrkräfte Seminare zu dem

Thema angeboten werden. Genaueres ist noch nicht bekannt.

Auf www.sicher-online-gehen.de stehen umfangreiche Informationen, Tipps und Anregungen für alle Interessierten bereit, u.a. zu Sicherheitseinstellungen, kindgerechten Seiten und Jugendschutzsoftware.

Bleibt lediglich zu hoffen, dass den großen Ankündigungen ebenso große Taten folgen...

Wü/Quelle: www.sicher-online-gehen.de/web/msjugendschutzprogramme



Der Flyer steht online als Download bereit

Foto: www.sicher-online-gehen.de

Schulklassen bei Gericht

Begrüßenswerte Öffentlichkeitsarbeit: Das Verwaltungsgericht Neustadt teilte kürzlich mit, dass für Schulklassen nach vorheriger Anmeldung jederzeit die Möglichkeit besteht, an Verhandlungen teilzunehmen. Anfragen können telefonisch an die Geschäftsleitung des Gerichts gerichtet werden.

In der Regel besteht sowohl vor als auch nach der Verhandlung für die Schüler und Schülerinnen Gelegenheit, an die Richter Fragen zu den Fällen, aber auch Fragen allgemeiner Art, insbesondere über den Ablauf eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens, zu stellen.

Wü/Quelle: Pressemitteilung 22/2012 des VG NW

Hintergrund

In Rheinland-Pfalz gibt es vier Verwaltungsgerichte (Koblenz, Mainz, Neustadt an der Weinstraße und Trier). Der Verwaltungsgerichtsweg ist zuständig für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten. Dazu zählen etwa Streitigkeiten über eine Baugenehmigung, eine Gaststättenerlaubnis, ein Demonstrationsverbot, eine Asylanerkennung oder eine Versetzung in die nächsthöhere Schulklasse.

In Verfahren vor den Verwaltungsgerichten entscheidet eine Kammer. Sie ist im Regelfall mit drei Berufsrichterinnen und -richtern sowie zwei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern besetzt.

Klein/Kautz (FAZ) vermissen Interesse an Effizienz-Überprüfungen

Qualitätssicherung durch Notendumping?

„Die Methoden angeblicher „Qualitätssicherung“ des Unterrichts führen nicht zu mehr Wissen und Können, sondern kaschieren, dass Schüler immer weniger wissen und können.“ Zu diesem Ergebnis kommen Hans Peter Klein (Didaktiker der Biowissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und derzeit als Gastprofessor am College of New Jersey) und Jochen Krautz (Kunstpädagoge und Kunstdidaktiker an der Alanus-Hochschule) in ihrem Artikel in der FAZ vom 15. März 2012.

Beide sind der Diskrepanz zwischen immer mehr Abiturienten mit der Traumnote 1,0 und besser bei gleichzeitig gegen null sinkenden Durchfallquoten und den nicht abreißen lassen Stimmen aus Handwerk, Mittelstand und Universitäten, die ein mangelndes und weiter sinkendes Qualifikationsniveau der Schulabsolventen beklagen, nachgegangen. Ihre Beobachtungen und Bewertungen werden nachfolgend in konzentrierter Form dargestellt.

Unterrichtsqualität verbessert?

Seit dem „Pisa-Schock“ wird behauptet, mit Bildungsstandards, kompetenzorientiertem Unterricht, Kerncurricula, Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen bis hin zu Abiturstandards würde die Unterrichtsqualität verbessert. Doch niemand wurde bislang damit betraut, die Erfolgsmeldungen auf ihren

Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Anscheinend besteht seitens der „Qualitätssicherungs-Euphoriker“ in den Ministerien und der Kultusministerkonferenz kein Interesse daran, ihre eigenen Reformen in einer wissenschaftlich offenen Fragestellung zu untersuchen. Auf Anfragen bei verschiedenen Kultusministerien erhält man die Auskunft, dass selbstverständlich derartige Forschungsfragen von großem Interesse seien – allerdings nur, wenn vorher die Fragestellung, die Ziele der Untersuchung und der Umgang mit möglichen Ergebnissen abgesprochen würden! Das bedeutet nach Klein und Krautz: „Forschung bitte nur politisch und didaktisch korrekt.“ Sonst stünde möglicherweise das aus der Managementlehre importierte Konzept formalistischer Qualitätssicherung ganz in Frage.

red./Quelle: Hans Peter Klein und Jochen Krautz „Soll Qualität wirklich durch Notendumping gesichert werden? Kompetenzorientierung, Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten sind die modischen Zaubervorte“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.03.2012, Seite 8)



Studie Uni Bochum und Uni Basel

ADHS zu häufig diagnostiziert

Konzentrationsschwierigkeiten. Aggressionen. Impulsivität. Für viele Kinder- und Jugendpsychiater ein Grund zur ADHS-Diagnose. Häufig zu Unrecht, wie eine Studie

der Ruhr-Universität Bochum (Silvia Schneider, Jürgen Margraf) und der Universität Basel (Katrin Bruchmüller) zeigt.

Was Experten und die Öffentlichkeit schon lange vermuten, belegt die Studie: ADHS, die Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätsstörung, wird zu häufig diagnostiziert. Psychotherapeuten und Psychiater für Kinder und Jugendliche fällen ihr Urteil offensichtlich eher anhand von Faustregeln, so genannten Heuristiken, statt sich eng an die gültigen Diagnosekriterien zu halten. Insbesondere bei Jungen stellen sie deutlich mehr Fehldiagnosen als bei Mädchen.

solche Diagnose in vielen Fällen dauerhafte Arzneimiteleinahme nach sich zieht: Dies wiederum kann eine weitreichende Wirkung auf die Persönlichkeitsentwicklung haben.

Die Zahl der ADHS-Diagnosen stieg in Deutschland zwischen 1989 und 2001 um 381 Prozent. Die Ausgaben für ADHS-Medikamente haben sich in einem vergleichbaren Zeitraum von 1993 bis 2003 verneunfacht.

Das Thema ist auch eine Herausforderung für Lehrerinnen und Lehrer!

Das größte Problem von Fehleinschätzungen ist, dass eine



Bildquelle: Zappel-Philipp aus dem Struwwelpeter: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9d/Struwwelpeter_2.jpg

wü/Quellen und weitere Infos:
 PM Ruhr-Uni-Bochum (30.03.2012) „ADHS wird zu häufig diagnostiziert“ <http://aktuell.ruhr-uni-bochum.de/pm2012/pm00104.html> und Ärzteblatt „Überdiagnose von ADHS und Autismus“ www.aerzteblatt.de/nachrichten/49712/berdiagnose-von-ADHS-und-Autismus

It's cooperation, stupid!

– Tja, wenn's nur so einfach wäre! Teil 2



Erfolgreiche Lehrerkooperation basiert auf Wertschätzung

Die Basis für Zusammenarbeit ist zunächst Wertschätzung. Kooperation scheitert in einem Umfeld, das durch Misstrauen und Missgunst geprägt ist. Für eine Kultur der Wertschätzung ist Voraussetzung, dass die „Heterogenität der Lehrerschaft“

akzeptiert wird. Es gibt nicht nur „Top-Performer“ in den Kollegien, sondern auch solche, die Schwierigkeiten haben. Wertschätzung heißt, dass diesen mit Unterstützungsangeboten und nicht mit Ablehnung begegnet wird. Die Probleme, die entstehen, wenn z. B. ein Kollege Schwierigkeiten mit Schülern hat, machen nicht Halt vor den Klassenräumen der „Top-Performer“. Es ist deshalb im Interesse aller, wenn Wertschätzung und Unterstützung das Miteinander prägen. Allerdings muss auch die Bereitschaft vorhanden sein, Hilfe anzunehmen.

Ein „gutes soziales Klima im Kollegium. Dies ist, so haben wir festgestellt, der wichtigste entlastende Faktor. Eine gute Zusammenarbeit im Kollegium verleiht Lehrern das Gefühl, mit ihren Problemen nicht allein zu stehen, und gibt ihnen Halt und Anerkennung. Das Erleben kollegialer Unterstützung hilft ihnen auch, besser damit zurechtzukommen, dass sich die Dankbarkeit der Schüler für die investierten Bemühungen in aller Regel in Grenzen hält.“

SCHAARSCHMIDT, Uwe: Die Ausgebrannten. Interview mit Martin Spiewak, Die ZEIT, 14.12.2006

Kollegen haben zudem oft voneinander abweichende Vorstellungen, was erfolgreiches Unterrichten und Erziehen ausmacht. Divergierende Einstellungen können jegliches Vorankommen unmöglich machen, falls sie unversöhnlich (z. B. bei Konferenzen) aufeinander prallen. Eine solch lähmende und belastende Atmosphäre kann durch die Einigung auf ein gemeinsames Leitziel aufgelöst werden. Heike Frank konstatiert dazu: „Ein fehlender Grundkonsens führt zu Konkurrenz und macht das Miteinander in der Schule schwierig und erschöpfend. Kooperation, kollegiales Verhalten und gegenseitige Unterstützung werden erschwert (...) (FRANK 2010, S.64).“ Unter Umständen ist Hilfe und Moderation von außen notwendig.

Gemeinsame Sprachregelungen finden

Fragen Sie nach, was Ihre Kollegen unter individueller Förde-

In der letzten Ausgabe wurde aufgezeigt, dass Lehrerkooperation angesichts steigender Anforderungen und defizitären Arbeits- und Rahmenbedingungen hilfreich sein kann, in der Praxis aber nicht ohne Weiteres umsetzbar ist. Kooperation ist kein Selbstläufer und an Voraussetzungen gebunden, die im zweiten Teil nun vorgestellt werden.

rung verstehen! Sie werden ganz unterschiedliche Antworten erhalten, und das ist eine weitere Quelle für Missverständnisse und Konflikte. Es muss Klarheit über Begriffsinhalte herrschen, damit nicht alle vermeintlich über dasselbe sprechen, aber die Vorstellungen letztlich doch nicht kompatibel sind. Heißt jetzt „individuelle Förderung“, der Lerngruppe unterschiedliche Lernkanäle anbieten oder jedem Schüler ein individuelles Päckchen schnüren? Für Begrifflichkeiten, die nicht eindeutig definiert sind, aber ganz selbstverständlich im Sprachgebrauch Verwendung finden, muss die Schule eine gemeinsame Sprachregelung finden.

Verbindliche Grundsätze, Ziel- und Prozessklarheit

Es bedarf schließlich eines Kooperationskonzepts, das verbindliche Grundsätze für die Zusammenarbeit im Team fixiert. Es gilt Fragen grundsätzlicher Art zu klären: Welcher Wochentag wird für Teamarbeit freigehalten? Welche Räume sind geeignet und verfügbar? Welche Bereiche eignen sich für Teamarbeit? Welche Prinzipien leiten unsere Kooperation? Tagen z. B. motivierte Kollegen in der Kaffeeküche und überlegen, ob und wie eine gemeinsame Aufgabekultur an der Schule gelingen kann, wird der anfängliche Elan schnell erlahmen, wenn durch permanente Störungen die Sitzung länger als geplant dauert und ein Ergebnis nicht in Sicht kommt. Darüber hinaus muss jedes Kooperationssteam Ziele definieren, Abläufe klären und verbindliche Zeitvorgaben verabreden.

Ohne Kooperation wird es nicht gehen

Kooperation, das sollte deutlich geworden sein, ist kein Selbstläufer, sondern an Voraussetzungen gebunden. Sie aber nicht anzustreben, weil sie zusätzliche Anstrengungen verlangt, das wäre der falsche Schluss. Gerade Individuelle Förderung, das zeigt eine Forschungsarbeit von Claudia Solzbacher, wird die einzelne allein Lehrkraft nicht bewältigen können. „Eine konsequente Orientierung auf individuelle Förderung zieht mit Notwendigkeit grundlegende Veränderungen in allen schulischen Bereichen der Schule nach sich. Wenn individuelle Förderung nur von einzelnen Lehrern realisiert wird, bleiben solche grundlegenden Veränderungen in der Regel aus (SOLZBACHER 2010, S. 40)“. Die Umsetzung von Kooperation ist schwer, schwerer wird es jedoch, wenn sie ausbleibt.

Mit der Grafik auf der nächsten Seite soll noch einmal zusammenfassend dargestellt werden, auf welche Voraussetzungen eine Kooperationskultur aufbaut:

Kooperationskultur



Literaturangaben:

1. BAUER, Joachim (2007): *Lob der Schule; Sieben Perspektiven für Schüler, Lehrer und Eltern*; Heyne Verlag, München.

2. EIKENBUSCH, Gerhard (2012): *Eigensinn und Kooperation – Lehren gemeinsam verbessern*. In PÄDAGOGIK, Jg. 64, H. 4.

3. FRANK, Heike (2010): *Lehrer am Limit; Gegensteuern und durchstarten*. Beltz Verlag. Weinheim und Basel.

4. SCHAARSCHMIDT, Uwe (Hrsg.) (20052): *Halbtagsjobber? Psychische Gesundheit im Lehrerberuf – Analyse eines veränderungsbedürftigen Zustandes*; Beltz Verlag, Weinheim und Basel.

5. SOLZBACHER, Claudia (20103): *Position von Lehrerinnen und Lehrern zur individuellen Förderung in der Sekundarstufe I – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung*; in: KUNZE, Ingrid/ SOLZBACHER, Claudia (20103): *Individuelle Förderung in der Sekundarstufe I und II*; Schneider Verlag Hohengehren GmbH, Baltmannsweiler.

Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de

► ERZIEHUNGSOFFENSIVE

Rauchen auf dem Schulgelände

Es ist leider Alltag an den Schulen: Einzelne Schüler setzen sich über Anordnungen und Verbote einfach hinweg. Trotz Ermahnungen und Ordnungsmaßnahmen werden sie zu „Wiederholungstätern“.

Die Reaktionen der Lehrkräfte darauf reichen von konsequentem Handeln über Angst vor der Konfrontation bis zu „einfach wegschauen“, um Ärger zu vermeiden. Das wichtigste ist natürlich ein Konsens im Kollegium über die Vorgehensweise. Nichts ist schlimmer, als wenn z. B. ein Schulhof-Raucher von der Montags-Aufsicht toleriert wird, während die Dienstags-Aufsicht scharfe Ordnungsmaßnahmen verhängt.

In hartnäckigen Fällen ist Strenge durchaus angebracht und auch zielführend, wie ein Beispiel aus der Realschule plus Langenlonsheim zeigt, von dem die Rhein-Zeitung in ihrer Ausgabe vom 6. August 2012 berichtet:

Bad Kreuznach – Rauchen ist nicht nur schlecht für die Gesundheit, manchmal kann es für notorische Raucher auch teu-

er werden und bis vors Gericht führen. Das musste ein 18-jähriger Schüler aus Bad Kreuznach erleben, der immer wieder beim Rauchen auf dem Schulgelände der Realschule plus in Langenlonsheim ertappt wurde. Er konnte in der Schule von seinen Kippen nicht lassen – bis es rauchte und die Schule ihn anzeigte. Das daraufhin verhängte Bußgeld muss der Schüler zahlen, entschied das Amtsgericht.

Irgendwann wurde es der Schule zu bunt, sie zeigte den uneinsichtigen Realschüler an. Folge: Ihm flatterte ein Bußgeldbescheid über 90 Euro ins Haus. Mitsamt der Kosten summierte es sich auf 117 Euro. Das wollte der Schüler, der inzwischen den Abschluss in der Tasche hat, nicht auf sich sitzen lassen und er legte Einspruch gegen den Bußgeldbescheid ein. Jetzt wurde vor dem Amtsgericht Bad Kreuznach über den Fall verhandelt, der sich am 22. März dieses Jahres zugetragen haben soll. Richter Wolfram Obenauer machte dem jungen Mann deutlich, dass er mit dem Rauchen auf dem Schulgelände gegen Paragraph 4 des Nichtraucherschutzgesetzes verstoßen habe – „wiederholt und vorsätzlich“.

Hintergrund

Nichtraucherschutzgesetz Rheinland-Pfalz vom 5. Oktober 2007

§ 4 Rauchfreie Einrichtungen der Jugendhilfe

(1) Alle Gebäude oder Gebäudeteile, in denen im Rahmen der freien oder der öffentlichen Jugendhilfe Tageseinrichtungen für Kinder oder sonstige Einrichtungen für junge Menschen im Sinne des Achten Buches Sozialgesetzbuch untergebracht sind,

sowie zu diesen Einrichtungen gehörende Freiflächen sind rauchfrei. ...

(2) Die Leitung der Einrichtung kann Nutzerinnen und Nutzern der Einrichtung das Rauchen erlauben, wenn aufgrund der Aufgaben-

stellung der Einrichtung ein Rauchverbot konzeptionell nicht vertretbar ist...

Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de

VDR in den Studienseminaren Oberdiebach und Landau-Land



An gleich drei heißen Augusttagen hatte der VDR-Bezirksverband Neustadt die Gelegenheit, eine neue Generation von Lehramtsanwärtern zu begrüßen, und zwar am 15. August in der Teildienststelle Oberdiebach (Studienseminar Mainz) sowie am 20. und 27. August in der Teildienststellen Landau-Land (Studienseminar Kaiserslautern). Mit der VDR-Initiative „Arbeit statt MehrArbeit“ setzt sich der VDR massiv für gute Berufseinstiegsperspektiven in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen ein.

Fast 100 junge Lehramtsanwärter erlebten in Oberdiebach eine Premiere

Vertreter von drei Verbänden und Gewerkschaften stellten in einem von Sascha Roschel (Fachleiter für Berufspraxis und Deutsch) souverän geleitetem, halbstündigem Podiumsgespräch ihre grundlegenden Positionen und Forderungen vor, das hatte es bisher in dieser Form noch nicht gegeben. Der Bezirksvorsitzende Michael Eich beschrieb den VDR als einen auf den Sekundarbereich I. spezialisierten Verband, der die Kolleginnen und Kollegen an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen vertritt und darum für diese ohne angezogene Handbremse für verbesserte Einstellungschancen sowie angemessene Arbeits- und Rahmenbedingungen kämpfen kann.

Kritische Fragen in offener Gesprächsrunde

Im Anschluss nutzten die Mainzer Seminaristen die Chance und hinterfragten Aussagen bzw. stellten Fragen zu den bisherigen Erfolgen der Gewerkschaften und Verbände. Der VDR konnte in diesem Zusammenhang auf die Ausweitung der Ausbildungs-

kapazitäten, auf die Absenkung der Schülermessenzahl in der Orientierungsstufe sowie auf die Einrichtung von Fachoberschulen als berufsorientierte Alternative zum Abitur verweisen. Eich betonte, dass in der Verbandsarbeit Beharrlichkeit notwendig ist.

Gelungene Verbandsvorstellung in Oberdiebach

Nach dem Podiumsgespräch und der Fragerunde konnten sich die Anwärterinnen und Anwärter noch bei Martin Radigk, Meike Schiller und Julia Trauth über die Vorteile einer Mitgliedschaft im VDR informieren. Konsens herrschte bei den Gewerkschaften und Verbänden, dass es der Seminarleitung in Mainz gelungen war, einen guten Rahmen für die Vorstellung der Verbands- und Gewerkschaftsarbeit zu schaffen.

Zwei Besuche in der Teildienststelle Landau-Land

Nach einem kurzen „Intermezzo“ in den Räumlichkeiten der Klingbachschule Billigheim-Ingelheim ist die Teildienststelle Landau-Land nun dauerhaft in der Grund- und Hauptschule „Kleine Kalmit“ in Ilbesheim untergebracht. Zwei Besuche wa-



ren aufgrund begrenzter Raumkapazitäten in der Teildienststelle Landau-Land erforderlich, um jeweils etwa 50 Anwärterinnen und Anwärter über den VDR zu informieren. Auch in Ilbesheim waren alle Gewerkschaften und Verbände anwesend und stellten sich nach der Begrüßung durch Jörg Kreiter (Fachleiter für Berufspraxis) bzw. den Leiter der Teildienststelle, Martin Rathay, kurz vor.

Unterscheidungsmerkmale zu den Mitbewerbern

Am VDR-Stand, wo Gudrun Deck und Silvia Seebach den VDR näher vorstellten, informierten sich die angehenden Lehrerinnen und Lehrer über die VDR-Mitgliedschaft. Neben der persönlichen Ansprechbarkeit, dem konsequenten Festhalten am Beamtenstatus, den konkreten Forderungen nach Planstellen für Junglehrer an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen durch die Initiative „Arbeit statt MehrArbeit“ überzeugte der günsti-



ge Mitgliedsbeitrag aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeit der VDR-Verantwortlichen.

Der VDR Bezirksvorstand Neustadt bedankt sich bei Gudrun Deck, Anja Deckler, Meike Schiller, Silvia Seebach, Julia Trauth und Oskar Ulrich für ihre Unterstützung. Es ist schön, dass unsere Mitglieder durch ihr Vorbild zeigen, was es heißt, zur „VDR-Familie“ zu gehören. Dafür ein herzliches Dankeschön!

► VDR-KOMMENTAR

Fairer Umgang mit Lehramtsanwärtern!

Es ist für die Anwärterinnen und Anwärter frustrierend, wenn sie im Klemm-Gutachten schwarz auf weiß lesen müssen, dass durch die Ausweitung der Unterrichtsverpflichtung im Vorbereitungsdienst 238 Planstellen überflüssig werden. Sie müssen mehr leisten, erhalten dafür nicht mehr Gehalt und machen damit auch noch die angestrebte Planstelle nach dem Referendariat überflüssig.

Der VDR fordert: Erhöhung der Anwärterbezüge!

Wieder einmal ist es der dringend benötigte pädagogische Nachwuchs, der die Zeche für eine jahrzehntelang gelebte Schulden-mach-Mentalität bezahlen soll. Von der jungen Generation wird mehr Leistung, mehr räumliche Flexibilität und mehr Bescheidenheit bei den Ansprüchen erwartet. Und was macht die Landesregierung für die jungen Lehrkräfte? Wer mehr verlangt, muss auch anständig entlohnen: Eine Erhöhung der Anwärterbezüge ist überfällig.

Streikrecht für Lehrkräfte gefährdet Beamtenstatus

In Ilbesheim wie in Oberdiebach ergaben die Gespräche, dass sich die jungen Kolleginnen und Kollegen keinen Sand in die Augen streuen lassen. Die Forderung nach einem „Streikrecht“ für Lehrer überzeugt nicht, da dieses den Verlust des Beamtenstatus – gerade für die Berufseinsteiger – bedeuten kann. Die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer wissen sehr genau um die Verhältnisse in der freien Wirtschaft und in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes (z.B. in den Universitäten), wo viele nach ihrer Ausbildung jahrelang nur befristete Verträge als An-

gestellte erhalten. Wer ein Streikrecht für Lehrkräfte fordert, sollte über die Konsequenzen aufklären. Der VDR steht für den Beamtenstatus.

Keine befristeten Verträge: Arbeit statt MehrArbeit

Auch bei den Lehrkräften zeigt sich die Tendenz, dass sich die frischgebackenen Seminarabgänger zunächst mit befristeten Vertretungsverträgen über Wasser halten müssen. Aus pädagogischer Sicht ist das nicht nachvollziehbar, zumal inzwischen mehr und mehr befristete Verträge zum Halbjahr auslaufen. Mit der Initiative „Arbeit statt MehrArbeit“ setzt der VDR ein deutliches Gegensignal. Eine Gesellschaft, die von Ihren Lehrerinnen und Lehrern anständige Arbeit erwartet, muss diese auch fair behandeln – durch eine angemessene Entlohnung während des Referendariats, ein ausreichendes Planstellenangebot danach und angemessene Arbeitsbedingungen im Alltag.



Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de

Bezirksvorstand Trier im Gespräch mit der Handwerkskammer

Der Meinungsaustausch zu schulpolitischen Themen zwischen Vertretern der Kammern und dem Vorstand des jeweiligen VDR-Bezirks hat sich bewährt und soll auch in Zukunft weitergeführt werden.



Foto: VDR

So trafen sich Erwin Schneider, Peter Quint, Katharina Becker und Hanns Peters mit dem zuständigen Geschäftsführer der HWK für Ausbildung, Günter Behr (2. v. l.), und dem „Ausbildungscoach“, Gerd Kiefer (Zimmerer- und Dachdeckermeister – links) zum Gespräch.

Im Mittelpunkt des Austauschs stand die gegenwärtige Situation der Realschule plus mit besonderem Blick auf die Fusionsschulen. Sowohl der Realschullehrerverband als auch die Handwerkskammer sind an der positiven Entwicklung der neuen Schul-

form interessiert. Vor allem ging es auch um die Umsetzung der Berufsorientierung als durchgängiges Prinzip. Die Entwicklung der Fachoberschule an Realschulen plus wird – wie auch schon aus früheren Gesprächen ersichtlich – von Seiten der Kammer eher kritisch gesehen.

VDR Forderungen sind sinnvoll

Auch die Vertreter der HWK sind für eine verstärkte Förderung der Schülerinnen und Schüler. Diese ist jedoch nicht kostenneutral zu erzielen. Daher sind entsprechende Mittel bereitzustellen. Die Handwerkskammer Trier unterstützt die Forderungen des VDR nach kleineren Klassenmesszahlen und höheren Lehrerstundenzuweisungen, um notwendige und sinnvolle Förderungen gewährleisten zu können.

Bildungsabschlüsse dürfen nicht verwässert werden

Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation im Raum Trier ist, dass derzeit etwa 600 Ausbildungsstellen unbesetzt sind. Damit stellt sich natürlich die Frage der Gewinnung von Schulabsol-

venten für Handwerksberufe. Die Kammern unternehmen hierfür große Anstrengungen. Der landläufige Trend geht jedoch in Richtung immer höherer Schulabschlüsse. Herr Behr wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Bildungsabschlüsse nicht entwertet werden dürfen.

Wichtig ist hier, dass Bewusstsein geschaffen wird, dass Handwerksberufe inzwischen sehr viel technisches Grundlagenwissen erfordern, andererseits aber auch viele Möglichkeiten der Weiterqualifizierung bieten. Besonders Mädchen sollen in Zukunft verstärkt für diese Berufsfelder gewonnen werden.

Beide Seiten sind an einem regelmäßigen Kontakt interessiert und werden sich auch in Zukunft zu allen Themen austauschen, in denen sich die Arbeit der Kammern und die der Schulen berühren.



Peter Quint

quint.peter@vdr-rlp.de



Hanns Peters

peters.hanns@vdr-rlp.de



Foto: VDR



Foto: VDR

Triers VDR-Pensionäre auf Reisen

Das Rheintal zeigte sich bezüglich des Wetters von seiner durchwachsenen Seite. Dies tat aber weder der Stimmung noch dem Forscherdrang der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Abbruch.

Erstes Ziel war diesmal der Königsstuhl von Rhens. An diesem Ort beschlossen die sieben Kurfürsten, dass sie künftig für die Wahl des Königs zuständig sein sollten. Als erster König wurde 1346 Karl IV. in Rhens gewählt.

Nächste Station war Oberwesel. Dort wurde die Liebfrauenkirche besichtigt – eine Kirche aus dem 13./14. Jahrhundert, deren Besuch sich lohnt.

Weiter ging es mit der Fähre bei Kaub in den Rheingau nach Hessen. In Winkel stand im Brentano-Haus das Mittagessen und anschließend eine Führung an. Die Hausherrin informierte kurzweilig über das Haus – früher Sommerhaus der Frankfurter Familie von Brentano – und seine früheren Bewohner und Gäste (dabei darf natürlich Johann Wolfgang von Goethe nicht fehlen.) Hier konnten auch die Germanisten unter den Pensionären noch „Schmankerl“ erfahren, die ihnen bislang unbekannt waren.

Nach einem kurzen Abstecher nach Schloss Vollrads ging es dann nach Eltville, um noch etwas das Rosenflair dieses Städtchens zu erleben.



Fazit: Man glaubt seine Region zu kennen. Aber man ist immer wieder überrascht, wenn man unter Paul Schwabs sachkundiger Führung Neues entdecken bzw. Bekanntes wiederentdecken kann. Desweiteren wird in der Kombination von Geschichte, Kunstgeschichte, Architektur-, Literatur- und Musikge-

schichte des deutschsprachigen und welschen Raumes auf Parallelen und die Verbundenheit des europäischen Raumes hingewiesen. Dank – wie immer – an Marlene Schamel und Paul Schwab.



Hanns Peters

peters.hanns@vdr-rlp.de

Mehr als dreißig VDR'ler waren begeistert von Ägyptens Schätzen im Historischen Museum in Speyer



Foto: VDR

Meisterwerke aus dem Ägyptischen Museum Turin

Diese Ankündigung des Speyerer Museum übertreibt nicht, die Teilnehmer konnten, aufgeteilt in zwei Gruppen, herausragende Werke altägyptischer Kunst bestaunen, z. B. die aufwändige Ausstattung von Sarkophagen sowie außergewöhnliche Skulpturen der Pharaonen.

Ausstellungs-Schwerpunkte

Auf anschauliche Weise wurde den Teilnehmern von einem kompetenten Museumsmitarbeiter u. a. die Schrift als Kommunikationsmittel, die Religion als gesellschaftlicher und politischer Ordnungsfaktor, der Totenkult und die Mumifizierung der Toten erläutert sowie ein Überblick der ägyptischen Götterwelt

gegeben. Die bis zum 14. Oktober verlängerte Ägyptenausstellung in Speyer hat im Jungen Museum (JUMUS) spezielle Angebote für Schulklassen, dazu gibt es ausführliche Informationen für die unterrichtliche Aufarbeitung (www.museum.speyer.de).

Nach dieser gelungenen und sehr aufschlussreichen Führung traf sich die Mehrzahl der Teilnehmer im Museumscafé, um das Erlebte nachklingen zu lassen, bzw. mit Kolleginnen und Kollegen, auch ehemaligen, ins Gespräch zu kommen.



Gudrun Deck

deck.gudrun@vdr-rlp.de

VDR Rechtsschutz



VDR-Rechtsschutzbeauftragter
Hermann Kölsch

Foto: VDR

Hallo Herr Kölsch,

ich frage an, ob ich vom VDR einen Rechtsbeistand gestellt bekomme, um mich juristisch korrekt zu verhalten und gegen die folgenden Vorwürfe entsprechend Stellung zu beziehen: Die Polizeiinspektion ... hat mir einen sog. Beschuldigten-Anhörungsbogen zugesandt, in dem mir die Straftat nach § 224 StGB; Gefährliche Körperverletzung auf Straße, Weg oder Platz und § 323 c StGB Unterlassene Hilfeleistung (Garantenstellung) vorgeworfen wird. Hierbei handelt es sich um

einen Vorfall, der am 26.05. ... an den Bushaltestellen, an denen unsere Schüler der RS, aber auch die Schüler der Berufsschule und des Gymnasiums einsteigen, passiert sein soll. Laut Zeugenaussage (Berufsschülerin) sollen dort zwei Berufsschüler einen Mitschüler (ebenfalls Berufsschüler) körperlich attackiert haben. Die Zeugin behauptet, sie hätte mich dort in der Nähe gesehen und angesprochen – ich solle doch eingreifen. Ich hätte behauptet, dass die Leute „Erwachsene“ wären und ich deshalb nicht eingreife. So hat der Polizist der Polizeiinspektion ... mir die Situation geschildert. Hierzu jetzt meine Stellungnahme ...

Mit freundlichen Grüßen
K. S.

(Name ist der Redaktion bekannt)

Hermann Kölsch ist als VDR-Rechtsschutzbeauftragter Anlaufstelle für Lehrkräfte, die Rat und Unterstützung suchen in schwierigen dienstlichen Konfliktsituationen. Bei ihm stehen mehrere Ordner mit Anliegen, die er an die Juristen des DBB-Dienstleistungszentrums zur Klärung und Unterstützung weitergegeben hat. In loser Folge sollen in dieser Zeitschrift solche Fälle vorgetragen werden. Hier ein weiteres Beispiel:

Abschlussvermerk der VDR-Rechtsschutzstelle:

Im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft... wurde das Mitglied wegen des Vorwurfs der Körperverletzung durch unterlassene Hilfeleistung vertreten. Dargelegt wurde, dass die vorgeworfene Unterlassung nicht tatbestandsmäßig war, eine Rechtspflicht zum Handeln ohnehin nicht bestand und hilfsweise keine Schuld vorlag.

Das Verfahren wurde nach §153 StPO eingestellt.

Nachfragen ergaben sich seitdem nicht. Die Akte ist abzulegen.

VDR-Mitglieder, die für einen Problemfall aus ihrem dienstlichen Bereich rechtliche Beratung oder Rechts Hilfe suchen, wenden sich schriftlich – auch per E-Mail – an den VDR-Rechtsschutzbeauftragten Hermann Kölsch. In ihrem Schreiben soll der Sachverhalt geschildert und eine Fragestellung formuliert sein, bereits vorhandener Schriftverkehr sollte beigefügt werden. **Wichtig:** die Kosten für einen bereits extern eingeschalteten Anwalt können nicht übernommen werden, weil der DBB eigene Anwälte beschäftigt.

Adresse: Hermann Kölsch,
St.-Josef-Str. 2, Pirmasens
Tel. 06331-97294, E-Mail:
kolsch.hermann@vdr-rlp.de

Termine Personalräteschulungen

Bezirke Koblenz und Trier

Personalräteschulung in Treis-Karden
24. Oktober 2012 von 9.00 bis 16.30 Uhr

Tagungsstätte:

Schloss-Hotel Petry • St.-Castor-Straße 80
56253 Treis-Karden • Tel.: 0 26 72 / 93 40

Thema

Personalaktenrecht
Referent Klaus Kessler,
Ministerium für Inneres und für Sport

Ansprechpartner

Hanns Peters • peters.hanns@vdr-rlp.de

Bezirk Neustadt

Personalräteschulung in Ludwigshafen
25. Oktober 2012 von 9.00 bis 16.30 Uhr

Tagungsstätte:

Heinrich Pesch Haus • Frankenthaler Str. 229
67059 Ludwigshafen • Tel.: 06 21 / 59 99-1 62

Themen

Lehrergesundheit, Arbeitsschutz in der Schule
Referenten vom Landesinstitut für Lehrergesundheit:
• Univ.-Prof. Dr. med. Dirk-Matthias Rose
• Dipl.-Psych. Dr. Sarah Dudenhöffer
• Dipl. Ing. Klaus Schöne

Ansprechpartner

Martin Radigk • radigk.martin@vdr-rlp.de

Kompetent und engagiert für die Realschule Rheinland-Pfalz

Erwin Steilen verabschiedet

Mitte Juni wurde Erwin Steilen in einer Feierstunde der Anne-Frank-Realschule plus verabschiedet. Rückblickend auf Steilens Tätigkeit als Realschullehrer, Realschulkonrektor, Realschulrektor und Rektor an einer Realschule plus würdigte Landesvorsitzender Bernd Karst in seiner Ansprache die Leistung des aus dem Dienst scheidenden Schulleiters.

Neben seiner schulischen Tätigkeit engagierte sich Erwin Steilen vielfältig innerhalb des Realschullehrerverbandes und fand über die Grenzen Rheinland-Pfalz hinweg Beachtung für sein Konzept zur Implementierung eines Faches Informatik im Kanon der Realschulfächer. Bernd Karst nahm u. a. dazu in seiner Ansprache Bezug und resümierte:



Erwin Steilen bedankt sich bei seinen langjährigen Wegegefährten.

Foto: Horst Jurczyk

„Im Bereich der Entwicklung des Wahlpflichtfachbereiches und der Informatischen Bildung hat Erwin Steilen Großartiges geleistet. Und die Tatsache, dass der Wahlpflichtfachbereich seinen Stellenwert auch in der Realschule plus behalten konnte, ist auf seine kompetente und nachdrückliche Einflussnahme zurückzuführen.“

Erste VDR-Homepage entwickelt

Es wäre allerdings eine verkürzte Würdigung, wenn man Erwin Steilen nur mit den Bereichen Computer, Internet und Homepage in Verbindung brächte. Wobei seine Aktivitäten in Sachen „Multimedia“ noch viel weiter gehen, als allgemein bekannt ist. Für den Realschullehrerverband hat er die erste Homepage entwickelt. Bei Veranstaltungen des Arbeitskreises SchuleWirtschaft und vielen Institutionen hat er sich immer wieder als gefragter und kompetenter Referent ausgezeichnet.“ Erwin Steilen war VDR-Bezirksvorsitzender im Bezirk Rheinhessen-Pfalz und darüber hinaus jahrelang ein wertvolles Mitglied im Bezirkspersonalrat und Hauptpersonalrat. Und heute unterstützt er den Realschullehrerverband als Referent und Experte im Bereich „Informatorische Bildung“.

Realschule plus: gute Chancen

In seiner Abschiedsrede ging Erwin Steilen auch auf die Schulentwicklung an seiner Schule ein. Nach seiner Einschätzung hat die neue Schulart gute Chancen sich zu behaupten, wenn sie durch Stärkung der Realen Bildung an Profil gewinnen kann. Er appellierte eindringlich, die weitere Schulentwicklungsarbeit an der Realschule plus problemorientiert voranzutreiben: „Seit nunmehr fast zwei Jahren bin ich nun Schulleiter der Anne-Frank-Realschule plus. Entstanden aus den zuvor geschlossenen

Schulen Anne-Frank-Realschule und der Schiller-Hauptschule in der Neustadt. Seit 2010 bemühen sich nun Schulleitung und Kollegium, den gestiegenen – teils völlig neuen – Anforderungen an Unterricht, Erziehung und Verwaltung in einer Schule mit zunehmend heterogener Schülerschaft gerecht zu werden. Die organisatorische Herausforderung durch die Verteilung der Schule auf zwei auseinander liegende Gebäude kommt hinzu.

Schwachstellen auflösen

Ich bin mir sicher, dass die zur Zeit noch erkennbaren Schwachstellen der Konstruktion ‚Realschule plus‘, die nicht nur an unserer Schule sichtbar werden, lösbar sind,

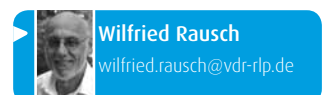
- wenn wir dem genannten Funktionsverlust der Familien und ihrer Vorbildfunktion entgegenwirken können, wobei dies nicht nur auf den Raum der Schule – die damit alleingelassen überfordert ist – beschränkt werden kann,
- wenn unsere Gesellschaft – Eltern, Wirtschaft und Politik – erkennt, dass wir zum studienorientierten Angebot des Gymnasiums ein attraktives Schulangebot dringend brauchen, das von Anfang an Berufsorientierung und Allgemeinbildung miteinander verbindet und alle berufsorientierten Abschlüsse (Berufsreife, Mittlere Reife und FHS-Reife) anbietet,
- wenn die zunehmende Tendenz der Nutzung der sog. Durchlässigkeit – Wechsel vom Gymnasium zur Realschule plus – besser in ein Konzept zur Aufnahme und Kapazitätsplanung der Schulen integriert wird,



Bernd Karst: Die gemeinsame Zeit in Alzey hat uns beruflich stark geprägt.

Foto: Horst Jurczyk

- wenn aus der Erkenntnis, welche Bedeutung diese Schulart für Wohlstand und Entwicklung unserer Gesellschaft hat, große Anstrengungen von den Schulträgern sowie der Landespolitik bei der Versorgung der Schulen mit den notwendigen Rahmenbedingungen, Räumlichkeiten, Sachmitteln und der bestmöglichen Lehrerversorgung unter-
nommen werden.“



Hanns Peters und Birgitt Maczuck: Dank für mehr als 25 Jahre VDR-Engagement



Foto: Wü

Über die Vorstands-Neuwahlen im Bezirk Trier haben wir in der Ausgabe 2/2012 berichtet. Erwin Schneider löste Hanns Peters ab, der über ein Vierteljahrhundert – in enger und langer Zusammenarbeit mit Birgitt Maczuck - die Geschicke des VDR im Bezirk und auf Landesebene mitbestimmte. Eine Ära ging zu Ende.

Gerhard Klein, ein couragierter Wegbegleiter der beiden, hat Dank und Anerkennung für Hanns Peters und Birgitt Maczuck in einem Beitrag zum Ausdruck gebracht, dessen besonderer Reiz in dem Kunstgriff liegt, Episoden und Erinnerungen aus Berichten in unserer Verbandszeitschrift lebendig werden zu lassen. Wir drucken hier (mit Fotos von Wolfgang Wünschel) eine komprimierte Fassung ab – und empfehlen unseren Lesern die reich bebilderte Langfassung auf der VDR-Homepage.

Es war und ist immer Hanns Peters Anliegen gewesen, nicht als Einzelkämpfer aufzutreten, sondern im Team die Probleme mit möglichst allen zu besprechen und ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren. Wurde dann im Vorstand dieser Konsens im Bezirk gefunden, waren wir mitunter auch streitbar und kämpferisch, z.B. beim Kampf um Listenplätze im Hauptpersonalrat oder in den Bezirkspersonalräten.



Foto: Wü

Es war durchgängig Hanns Peters Ziel, neue Mitglieder zu werben: Wir sind zwar der kleinste Bezirk, aber bei den neuen Mitgliedern, bei den Wahlen zum HPR oder BPR waren wir in Trier immer Spitze!

Seit 1988 findet man in unserer Verbandszeitschrift immer wieder einen jungen Mann, der auf Platz 1 kandidierte für den BPR Trier: Hanns Peters, RS Hermeskeil

Seither hat er den BPR geleitet bzw. im BPR mitgearbeitet. Wer Personalratsarbeit gemacht hat, der weiß, was das bedeutet: immer gefordert, immer im Stress, vielfältige auch persönliche Probleme lösen helfen, schwere Entscheidungen mittragen oder gegen Ungerechtigkeiten kämpfen, jederzeit, auch abends und an Wochenenden für andere, für die Kollegen, da sein. Und vielfach auch Frust, Beschwerden und Aggressionen aushalten! Von der Zeit ganz zu schweigen. Aber er war stets Helfer, Teamarbeiter - und mit im Team war Birgitt Maczuck:

In der „Realschule“ und auf Wahlplakaten sieht man ebenfalls immer wieder eine junge Realschullehrerin, die bereit war, für den HPR zu kandidieren. Sie nahm die langen Fahrten nach Mainz auf sich und brachte sich immer gut vorbereitet in die Diskussion ein. Als Stellvertretende Bezirksvorsitzende übernahm

sie im Jahre 1987 für 16 Jahre das Amt der Bezirksvorsitzenden und wurde später erneut zur stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt. Sie hat die Beschlüsse, die wir gefasst hatten, nach oben wie unten immer klar und bestimmt vertreten, war aber auch stets zu Kompromissen bereit, wenn sie sich von den Gegenargumenten überzeugen konnte.

Das Engagement von Birgitt



Foto: Wü

Maczuck war „grenzenlos“: so übernahm sie auch das Amt der Geschäftsführerin im Landesvorstand und zeigte dabei nicht nur ihre besonderen organisatorischen Fähigkeiten. Die Betreuung unserer Senioren – so bei einer Vielzahl von Fahrten – hat sie bis heute bereitwillig und kom-

petent übernommen.

Die enge Kooperation mit dem Philologenverband, die regelmäßigen Gespräche mit den Vertretern der Kammern, den Vertretern des Elternbeirates im Bezirk sowie den Mitgliedern der Bezirksregierung und späteren ADD, der intensive Austausch mit den engagierten Delegierten an den Schulen und vieles, vieles mehr haben die Arbeit der beiden „Urgesteine im Bezirk Trier“ geprägt.

Ihr wart Vorbilder und Teamspieler: Ihr wart und seid Freunde. Gemeinsam haben wir viele Erfolge erzielen können!

*Anmerkung der Redaktion:
Hanns Peters und Birgitt Maczuck
haben sich aus ihren
Wahlämtern zurückgezogen,
dem erweiterten Bezirksvorstand
bleiben sie erhalten.*





LESERBRIEFE

An die Redaktion „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ Rückmeldung zum neuen Gesicht unserer Zeitschrift

In der letzten Ausgabe, der ersten unter einer neuen Redaktion und mit neuen Partnern in Layout, Druck und Versand, hatte Redakteur Michael Eich die Leserinnen und Leser von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ er-

muntert zu schreiben, wie ihnen die neue Aufmachung gefällt. Die Redaktion bedankt sich für die zahlreichen Rückmeldungen, von denen wir an dieser Stelle eine Auswahl abdrucken.

Hallo Herr Eich,
die neue Zeitschrift enthält interessante bildungspolitische Themen, die mich als Lehrerin einer Realschule plus (Schwerpunktschule) in meinem Alltag beschäftigen. Bei der Lektüre der letzten Ausgabe fand ich vor allem Ihren VDR-Kommentar zur Inklusion sehr treffend – die Voraussetzungen hinken hinterher. Weder die Schulen noch deren Schüler sind ausreichend vorbe-

reitet. Es werden sogar noch Stunden von Förder-schullehrern abgezogen, obwohl diese wirklich notwendig wären.

Freundliche Grüße
Anja Deckler

P.S.: Zum neuen Layout von „Reale Bildung in Rheinland Pfalz“ möchte ich Sie beglückwünschen. Das Heft ist sehr einladend gestaltet.

Liebe Redaktion,

ich möchte mich zu einem Beitrag in der letzten Ausgabe der „Realen Bildung“ äußern.

Ich bin als Fachleiter am Studienseminar Mainz für die Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern zuständig. Diese jungen Menschen müssen hohen Anforderungen nachkommen und durchlaufen eine intensive sowie anstrengende Phase der Ausbildung.

Die E-Mail des Anwärters auf den Seiten 29 und 30, greift real existierende Sorgen und Ängste auf, die ich so oder ähnlich auch von meinen Anwärterinnen und Anwärtern hören konnte. Ich halte diesem jungen Mann und natürlich auch allen anderen die Daumen, dass die Landespolitiker entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, um den Lehrerberuf attraktiv zu halten und qualifizierte Nachwuchskräfte zu rekrutieren.

Es ist mir persönlich wichtig, dass diesen hoch motivierten Junglehrkräften auch entsprechende Perspektiven geboten werden. Und zwar Planstellen hier in Rheinland-Pfalz und nicht in benachbarten Bundesländern.

Christian-Simon Böhme

Hallo Michael Eich,

ich möchte deine Anregung „zu schreiben, wie die neue Aufmachung gefällt...“ aufgreifen.

Das Layout und die vielen sehr deutlichen Bilder ... gefallen mir gut. Dein „KlarText“ ist spitze. Die kritischen Anmerkungen an die Ministerin waren notwendig. Du hast vielen damit aus der Seele gesprochen!

Sehr schön finde ich auch die Dankesworte an Christiane Lehmann in Fünfzehn Jahre „klare Kante“, die Leserbriefe an sie sowie die Würdigung von Margit Lenarz für die lange stets konstruktive VDR-Arbeit von Günter Jung, einem Wegbegleiter, den ich immer bewundert habe und mit dem ich auch über die Bezirksgrenze verbunden bin.

Betroffen hat mich die E-Mail an dich auf Seite 29 gemacht, die die großen Sorgen und Ängste angesichts der miserablen Einstellungssituation eines Absolventen des Studienseminars zeigen. „Planstellen? - dass ich nicht lache. Ich wäre froh, wenn ich überhaupt was bekomme...“ Das Thema „arbeitslose Lehrer“ wird angesichts einer Klemm-Studie, die einen Rückgang der Schülerzahlen an RS plus um mehr als 25% bis 2018/17 zu einem Dauerbrenner werden und dies bei RLA-Zahlen, die noch nie so hoch waren!? Unser Magazin auch als Sprachrohr junger Kollegen, die in Not sind, ganz wichtig! Bravo!

Bis bald. Herzliche Grüße
Gerhard Klein

Lieber Michael Eich!

Ich möchte Ihnen meine Glückwünsche dazu aussprechen, dass Sie in das Amt des Chefredakteurs gewählt wurden. Sie und Ihr Team haben das Layout der Zeitschrift „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ ansprechend weiterentwickelt.

In der aktuellen Ausgabe wird deutlich, dass reale Bildung unverzichtbar ist. Das finde ich wichtig. Sprechen Sie weiterhin „KlarText“, damit wir als Lehrer wahr- und ernstgenommen werden.

Viele Grüße
Ihr Peter Quint



Bezirk Koblenz

82. Geburtstag
Alfons Gerharz
Montabaur 22. August

78. Geburtstag
Werner Freisberg
Caan 19. August

77. Geburtstag
Hiltrud Schumacher
Anhausen 21. September

76. Geburtstag
Lothar Hüsch
Elkenroth 7. August

Rolf Schatto
Sobernheim 9. Juli
Johannes Wickler
Friesenhagen 24. August

74. Geburtstag
Wilfried Baus
Braubach 4. August

Walter Heinz
Münster-Sarmsheim 22. Juli

72. Geburtstag
Alois Kurth
Arzbach 29. September

71. Geburtstag
Jürgen Hatzmann
Mayen 5. Juli

70. Geburtstag
Helmut Lenarz
Mendig 10. August

Heinz Georg Lipp, Bad
Kreuznach 3. September

Bezirk Neustadt

85. Geburtstag
Marie Müller-Buchholz
Bonn 17. August

84. Geburtstag
Karl-Heinz Kühfuß
Mainz 8. August

Gerhard Scheinert
Schifferstadt 13. Juli

82. Geburtstag
Gerda Erbacher
Speyer 17. September

Bezirk Neustadt

77. Geburtstag
Otto Stilgenbauer
Kaiserslautern 25. Juli

Karl-Heinz Walz
Haßloch 19. Juli

76. Geburtstag
Alfons Denig
Neustadt 2. Juli

Lothar Wipfler
Bad Dürkheim 3. Juli

75. Geburtstag
Wolfgang Held
Karlsruhe 28. August

Manfred Schäfer
Kaiserslautern 12. Juli

74. Geburtstag
Reinhard Hoffmann
Rohrbach 30. August

73. Geburtstag
Dr. Peter Bung
Annweiler 11. Juli

Ursula Frank
Udenheim 30. Juli

Gert Hörner
Edenkoben 15. September

Johannes G. Kretkowski
Mainz 30. September

Waltraud Lotz
Karlsruhe 24. August
Eberhard Schneider
Mainz 15. Juli

72. Geburtstag
Wolfgang Friebe
Mainz 24. September

Ingrid Schappert
Mainz-Lerchenberg 29. Juli

Wiltrud von Scharpen
Mainz 10. September

71. Geburtstag
Alois Bardens
Heuchelheim 14. August

Hermann Kölsch
Pirmasens 30. August

70. Geburtstag
Dieter Hoffmann
Eppelsheim 29. August

Horst Korber
Landau 28. September

Hermann Martin
Landau 26. September

Walter Schaaf, Enkenbach-
Alsenborn 21. August

Werner Schmitt
Dudenhofen 16. September

Bezirk Trier

79. Geburtstag
Elisabeth Hempelmann
Trier 28. Juli

Hartmut Konz
Wittlich 19. September

78. Geburtstag
Marlene Schamel
Trier 7. August

75. Geburtstag
Karl-Heinz Dahlke
Hermeskeil 1. Juli

Hermann Erschens
Leiwien 12. September

74. Geburtstag
Hans Karl Wimmer
Plein 23. Juli

73. Geburtstag
Rüdiger Lancelle
Moselkern 2. Juli

72. Geburtstag
Ilse Becker
Prüm 9. September

Martha Mutscheller
Igel 27. August

70. Geburtstag
Carola Stern-Gilbaya
Cochem 24. September

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

Beitrittserklärung

**Verband Deutscher Realschullehrer
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich
Landeskassierer Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faidt**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: landeskassierer@vdr-rlp.de**

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule/Dienststelle	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A16 A15 A14 A13 A12 TV-L ...
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden
- Ich bin Lehramtsanwärter/in Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum 1. 20..... erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Landeskassierer widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o. g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
Ort	Datum	Unterschrift

VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Ab 1. April 2012 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
Beamte	A 16		15,50
	A 15		14,50
	A 14		13,-
	A 13		12,-
	A 12	oder darunter	11,-
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,-
Angestellte	A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,-
	Lehramtsanwärter		3,-
	Pensionäre		6,-
	Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte:	6,-
	TV-L	Vollbeschäftigung	10,-
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,-
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,-
	Rentner		6,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 - 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepaare (ein Vollzahler + 6 €).

Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes vom 19. Mai 2011 wurde der Beitrag für Lehramtsanwärter bei Eintritt ab 1. Februar 2012 auf den ermäßigten Beitragssatz von 3,- € festgelegt.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.





In dieser KlarText-Kolumne richte ich das Wort an die Bildungspolitik in den Regierungsfractionen.

Liebe Bildungspolitiker,

die Landesregierung beabsichtigt, für die Umsetzung der Schuldenbremse Einsparungen im Bildungsbereich zu tätigen. Den Widerstand gegen diese Ausgabenkürzungen versucht sie durch das sogenannte Klemm-Gutachten zu entkräften bzw. die Einsparungen schön zu rechnen.

So schreibt Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzender Daniel Köbler anlässlich der Vorstellung des „Klemm-Gutachtens“: „Am Ende dieser Legislaturperiode wird in Rheinland-Pfalz mehr Geld pro Schüler ausgegeben als jemals zuvor. Das ist ein großer Erfolg dieser Landesregierung und kommt allen Schülerinnen und Schülern und der Qualität der Schulen zugute.“

Man könnte daraus schließen, dass das Land seine Bildungsausgaben steigern würde. Das Gegenteil aber ist der Fall. Da die Schülerzahlen deutlich sinken, wächst der Quotient Geld pro Schüler selbst dann, wenn Mittel gekürzt werden.

Herr Köbler vergaß auch zu erwähnen, dass der „große Erfolg der Landesregierung“ auf sehr niedrigem Niveau stattfindet, denn Rheinland-Pfalz gehört eindeutig zu den Kellerkindern unter den Bundesländern, was die Ausgaben pro Schüler in allgemeinbildenden Schulen betrifft. 2009, bis dahin liegen ver-

lässliche Zahlen vor, lag Rheinland-Pfalz an drittletzter Stelle im Vergleich der Bundesländer. Das Land startet also nicht gerade von der Pole Position, was die Aussage „Mehr Geld pro Schüler als je zuvor“ dann weiter relativiert. Überhaupt, wäre es nicht redlicher gewesen, klar einzugestehen, dass die Verbesserungen bei den Pro-Kopf-Ausgaben nur zustande kommen, weil es eben weniger Köpfe gibt?

KlarText: Bildungspolitiker, die Ausgabenstreichungen im Bildungsbereich schönreden, die sich nicht konsequent für verbesserte Rahmenbedingungen zum Erfüllen der von ihnen selbst propagierten Bildungsziele einsetzen, begeben sich meines Erachtens in Gefahr, Ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Man nimmt ihnen nicht mehr ab, dass sie sich wirklich mit ganzer Kraft für die beste Bildung unserer Kinder einsetzen. Das wäre fatal, denn dadurch werden die Anstrengungen für gute Bildung insgesamt geschwächt.

Verbinden sollte uns aber über politische und gewerkschaftliche Grenzen hinweg, dass die Lebenschancen unserer Kinder im Zentrum unserer Bemühungen stehen, oder etwa nicht?

Freundliche Grüße,



Das Leben ist nicht immer planbar. Eine Pflegeversicherung schon.



Die DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE bietet für Pflegebedürftigkeit die ideale Lösung. Passgenau und flexibel.

- Ohne Gesundheitsfragen
- Ohne Altersbegrenzung
- Ohne Kostennachweis
- Für alle Pflegestufen
- Mit 24-Stunden-Pflegeplatzgarantie

Wir versichern den
Öffentlichen Dienst!

Schon ab **6 EUR***
Monat
erhalten Sie einen monatlichen
Erstattungsbetrag von **1.500 EUR.**

*Beispiel (Mann, 55 Jahre alt): DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE bei Pflegestufe III (stationär)



Partner des



Wir beraten Sie gerne:
Telefon: 089/5152 2354 oder
verbaende@muenchener-verein.de

mV MÜNCHENER VEREIN
VERSICHERUNGSGRUPPE

Der Generationen-Versicherer



Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

VDR-
meine beste Wahl!



Verband Deutscher Realschullehrer:
Eine starke Interessengemeinschaft.

VDR-Formel für erfolgreiche Schule:

$$\begin{array}{r} 20/25 \\ + 24 \\ + 100\% + X \\ \hline \text{Arbeit} \\ \text{statt} \\ \text{MehrArbeit} \end{array}$$

www.vdr-rlp.de

- Absenkung der Klassenmesszahl für die Realschule plus ab Klassenstufe 7 in den abschlussbezogenen Klassen und Kursen der unteren Leistungsebene auf 20, in den abschlussbezogenen Klassen der oberen Leistungsebene auf 25.
- Absenkung der Messzahl der Kurse der unteren Leistungsebene in den integrierten Gesamtschulen auf 20.
- Reduzierung der allgemeinen Unterrichtsverpflichtung in Realschulen plus und Gesamtschulen auf 24 Stunden.
- Unterrichts-Vollversorgung und Einrichtung einer schuleigenen Vertretungsreserve von 100 % plus X.
- Statt MehrArbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen Arbeit bzw. Planstellenangebote für die Absolventen der Studienseminare.